

DIE LINKE. Sachsen

10. Landesparteitag

A. Leitantrag an den 10. Landesparteitag

A.2. Europapolitische Leitlinien der LINKEN Sachsen

Beschluss des 10. Landesparteitages am 16. November 2013 in Leipzig

Der Landesparteitag beschließt die folgenden Leitlinien:

1 **Für ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Europa – sozial, demokratisch und** 2 **weltoffen**

3
4 *„Wir engagieren uns für eine EU, die als globaler Akteur menschliche Existenzfragen gerecht beantworten will. Deshalb haben wir in den 1990er Jahren unter anderem nicht einfach „Nein!“ zum Maastrichter Vertrag gesagt, sondern insbesondere „Euro SO nicht!“. Dies war keine Positionierung gegen eine gemeinsame Währung oder gegen weitere Integrationsschritte, sondern im Gegenteil für eine gemeinsame Politik zur Überwindung wirtschaftlicher Ungleichgewichte als Voraussetzung für das Funktionieren einer Währungsunion. Wir haben uns als Linke immer wieder dafür eingesetzt, dass die Grundprinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion so verändert werden, dass wirtschaftliche Entwicklung allen zugutekommt. Wir wollen nach wie vor die Wirtschafts- und Währungsunion untrennbar mit einer EU-weiten Friedens-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion ergänzen.“*

(Lothar Bisky, 31. Januar 2013)

14 Auch wir sind Europa

15 Es ist eine Binsenweisheit festzustellen, dass Europa mehr ist als die Europäische Union. Europa erreicht
16 Russland und die Hälfte Istanbuls, beginnt in Grönland und endet im Mittelmeer. Und nur so lässt sich auch
17 begreifen, was auf diesem Kontinent passiert. Europa ist nicht nur ein territorialer Begriff, ganze Kunst- und
18 Kulturepochen, die industrielle Revolution waren mindestens europäisch geprägt.
19 Das Europa der Vor-Nationalstaaten war ein Flickenteppich, aber es gab stets kulturelle und gesellschaftliche
20 Gemeinsamkeiten und gravierende Unterschiede, die für blutige Kriege missbraucht wurden. Mit den
21 Nationalstaaten zog gesellschaftlicher Fortschritt ein, wurde Identität neu begründet, aber immer verbunden mit
22 der Kehrseite nationaler Entwicklung, dem Nationalismus, dessen traurigen Höhepunkt wir Deutschen bestens
23 kennen, als am deutschen Wesen die Welt genesen sollte.

24
25 Der 1. Weltkrieg, dessen Beginn sich 2014 zum 100. Mal jährt, ist uns auch Anlass zur Mahnung und
26 Erinnerung, wie sehr Wirtschaftsinteressen diese Nationalismen befeuerten, um dann daran zu profitieren - wie
27 z.B. der Krupp-Konzern als Waffen-Lieferant für Deutsche und Franzosen. Auch heute führt Europa Krieg, nur
28 außerhalb seiner Grenzen. Es ist der Idee der europäischen Einigung unwürdig, dass europäisches Militär auch
29 heute wieder, zum Bsp. in Mali oder vor Somalia, wirtschaftliche Interessen mit Waffengewalt durchsetzen soll.
30 Europa hat seine geistigen Wurzeln in der Antike, Zeus verliebte sich in die Prinzessin Europa und raubte sie in
31 Gestalt eines Stieres. Die griechische Philosophie mit Sokrates, Platon und Aristoteles verstand sich als

32 europäische Wissenschaft, als Menschheitsaufgabe. Alle prägenden Ideen der nachfolgenden Jahrhunderte
33 verstanden sich in dieser Weise, auch die Arbeiterbewegung oder die proletarische Frauenrechtsbewegung. DIE
34 LINKE kann mit Selbstbewusstsein darauf verweisen, dass die europäische Integration zu den Ursprüngen linker
35 Ideen gehört und ohne DIE LINKE in Europa ein friedliches und soziales Europa nicht realisierbar ist.

36
37 Als 1945 Europa in Schutt und Asche lag, erhielt die Idee ein Nachkriegseuropa aufzubauen, das von
38 gemeinsamen Werten und friedlicher Zusammenarbeit geprägt ist, erstmals Gestalt. Nicht nur die
39 Staatsmänner, denen man Denkmäler setzte, auch die vielen AntifaschistInnen haben mit ihrem europäischen
40 Widerstand dazu beigetragen, die Vorstellung eines geeinten und friedlichen Europas zu prägen. Die
41 Regierungseliten verstanden europäische Integration zuallererst ausschließlich wirtschaftspolitisch zur
42 Ankurbelung des Binnenmarktes. Hinzu kam aber bald die Vergemeinschaftung der Landwirtschaft zur
43 Verhinderung von Hungersnöten, wie sie in den Nachkriegsjahren in vielen Ländern auftraten. Mit der EWG
44 begann die Integration westeuropäischer Staaten, fest eingebettet in die Systemauseinandersetzung im Kalten
45 Krieg. Die spätere EU war Integrationsmethode und Abgrenzungslinie zugleich bis 1989. Mit dem Ende des
46 Staatssozialismus entstand zum ersten Mal die Chance ein gemeinsames friedliches, demokratisches, soziales
47 und nachhaltiges Europa aufzubauen.
48 Wir müssen heute feststellen, dass diese Chance nur halb genutzt wurde.

49
50 Neben dem freien Binnenmarkt hat es in den letzten Jahrzehnten sicherlich zivilisatorischen Fortschritt für die
51 BürgerInnen gegeben. Dazu gehören u.a. Reise- Studien- Visafreiheit, größtenteils eine gemeinsame Währung
52 und ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit, die Förderung von Projekten und der inländischen Wirtschaft, Verwaltung
53 und Beschäftigung mit Hilfe von EU-Mitteln, positive Regelungen zum Abbau von Diskriminierungen und
54 Menschenrechtsverletzungen.
55 Aber die andere Seite der Medaille ist, dass der Integrationsprozess die Grundlagen des nach dem 2. Weltkrieg
56 diskreditierten kapitalistischen Systems restaurierte und rehabilitierte und nach dem Ende des
57 Staatssozialismus als nahezu alternativlos wahrgenommen wurde. Bei ständig wachsenden Kompetenzen der
58 europäischen Ebene in den letzten 20 Jahren blieb deren demokratische Legitimierung auf der Strecke. Die EU
59 ist für die im Europäischen Rat agierenden Regierungen ein Eldorado von Alleinentscheidungen über die Köpfe
60 von mittlerweile mehr als einer halben Milliarde Menschen hinweg. Der Lissabonvertrag, den DIE LINKE zu
61 Recht abgelehnt hat, änderte am drastischen Demokratiedefizit der EU nichts. Die BürgerInnen haben so wenig
62 über den Fiskalpakt beschließen können wie das Europaparlament, das ebenfalls aus dieser Entscheidung
63 ausgenommen war. Eine Handvoll Regierender unter Führung von Angela Merkel missbrauchen die europäische
64 Ebene, um unliebsame Entscheidungen, die sie in ihren Ländern nicht durchsetzen können, in einsamer
65 Ratsentscheidung durchzuboxen. Dazu gehören alle Entscheidungen, die Griechenland betreffen und
66 Entscheidungen, die sich auf Steuer- und Finanzregulierungen in den Mitgliedsstaaten beziehen. Die sogenannte
67 Troika, von keinem einzigen Parlament demokratisch legitimiert, stranguliert unter den Augen der Welt
68 Griechenland bis zur Selbstaufgabe, lässt Zyperns Bürger enteignen. Von allen grundlegenden Entscheidungen,
69 welche die EU-BürgerInnen betreffen, sind dieselben nahezu komplett ausgeschlossen. Das Demokratiedefizit
70 ist – mehr noch als jedes strukturelle andere Problem – das größte Problem der EU. Europäische Politik
71 erscheint wie eine Black Box, intransparent, nicht nachvollziehbar, bürokratisch, technokratisch und immer
72 mehr unsozial und unfriedlich. Fehlende europäische Medien, ein mit zu wenigen Kompetenzen ausgestattetes
73 Europaparlament und die Allmacht eines zum Nationalistenstadl verkommenen Europäischen Rates, die
74 ausgebliebene Wirtschafts-, Währungs- und vor allem Sozialunion haben das Projekt EU von den BürgerInnen
75 entfernt, abgekoppelt, weggesteuert. Die EU steckt in Ihrer bislang schwersten Glaubwürdigkeitskrise und
76 verliert mit den Folgen dieser Politik der Auseinanderentwicklung stetig an Legitimation.
77 Unter der Losung von „mehr Europa“ verstehen die Regierenden unter Führung von Merkel „mehr Willkür“ und
78 Fortführung einer Politik, die die europäische Krise weiter vertieft und die europäische Gesellschaft um

79 Jahrzehnte zurückwirft. Dazu gehören nicht nur das Demokratie-Blackout, sondern auch die alten Geister
80 Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, auch in der
81 Daseinsvorsorge. Der Ausverkauf des Sozialstaates wirft Millionen Menschen ins letzte Jahrhundert zurück.
82 Verschärft durch das deutsche „Exportmodell“ wachsen auch die wirtschaftliche Ungleichgewichte und die
83 Verschuldung der mediterranen Länder.
84
85 Die Gefahr des Auseinanderbrechens der EU in eine reiche und eine Peripherie-Union ist real und seitens des
86 Rates gibt es klare Vorstellungen dazu. Dies aber hätte wirtschafts-, sozial- und friedenspolitisch gravierende
87 negative Konsequenzen und wird von uns deshalb abgelehnt.
88 Wir als DIE LINKE Sachsen stellen klar, nicht Merkel und Co. sind Europa, sondern die mehr als 500 Millionen
89 Menschen in Europa. Wir stehen für eine Europäische Union, in der die Menschen über ihre Geschicke selbst
90 entscheiden können. Die EU muss daher auf breite demokratische Grundlagen gestellt werden. DIE LINKE in
91 Sachsen sieht den Ausweg aus der Krise daher weder in einem neoliberalen „Mehr an Europa“ noch in einem
92 Zurück zum Nationalstaat. Wir stehen für eine Erneuerung der Europäischen Union, durch die Menschen zu
93 AkteurInnen europäischer Politik werden. Wir stehen für eine sozial gerechte, nachhaltige, friedfertige EU.
94 Die LINKE in Sachsen kämpft für eine europäische Integration, in der Armutsabbau und soziale Wohlfahrt
95 vorrangige Ziele sind, in der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Ethnie, Alter, Gesundheit, sexueller
96 Orientierung der Boden entzogen wird.
97 DIE LINKE Sachsen ist davon überzeugt, dass kein globales Problem der Welt, weder Armut, Klimawandel,
98 Energieressourcen national gelöst werden kann.
99 DIE LINKE Sachsen bekennt sich zu ihrer europäischen linken Tradition und baut daher ihre Kontakte, ihre
100 solidarische Zusammenarbeit und Kooperation mit den Linken der Nachbarstaaten weiter aus. Wir unterstützen
101 soziale und emanzipatorische Bewegungen über die EU hinaus, weil wir uns als eine europäische und
102 internationalistische Partei verstehen, weil wir der Überzeugung sind, dass ein demokratischer Sozialismus
103 nicht national abgegrenzt, sondern nur auf europäischer und globaler Ebene möglich ist. Deshalb brauchen wir
104 eine starke europäische Kooperation der Linken in Europa. Dazu wollen wir in Sachsen als eine Partei im
105 Dreiländerdreieck unseren Beitrag leisten.
106

107 Sachsen - Brücke oder Peripherie?

108 Der Sächsische Landtag debattierte am 22. April 2004 zu einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
109 mit dem Thema „Sachsens Zukunft in der Mitte Europas“. Mit der Erweiterung der Europäischen Union von 15
110 auf 25 Staaten am 1. Mai 2004 waren viele Hoffnungen, Wünsche und auch Befürchtungen verbunden, die zu
111 dieser Gelegenheit ausgesprochen wurden.
112

113 Leider muss man heute feststellen, dass kaum etwas von den Wünschen und Hoffnungen Realität wurde, sehr
114 wohl aber viele Befürchtungen eingetreten sind. Wir haben kein „soziales Europa“, noch weniger haben wir ein
115 „Europa der Harmonisierung statt eines Europas des Verdrängungswettbewerbs“ und nur bedingt können wir
116 von einem „Europa der Aufklärung und Bildung“ sprechen. Wir verzeichnen vielmehr drückende „Probleme der
117 sozialen Gerechtigkeit, neue Disparitäten ... neue Verwerfungen zwischen Wachstumsregionen und
118 Mezzogiornos“. Sachsen hat vor allem die angestrebte Brückenfunktion bis heute nicht erreicht. Der damalige
119 Ministerpräsident Sachsens, Georg Milbradt, erwartete „wachsende Handelsströme, von denen wir profitieren
120 wollen“. Er verwies auf Wirtschaftsinstitute, die einen Bedarf von Grenzübergängen alle 10 Kilometer zwischen
121 Sachsen und Polen bzw. Sachsen und Tschechien prognostizierten. Bis heute sind wir weit davon entfernt, trotz
122 der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Die Handelsströme gehen eher an Sachsen vorbei oder durch
123 Sachsen hindurch, ohne dass das Land davon in der erwarteten Weise profitieren konnte.
124

125 Die Ursachen dafür sind komplex und teilweise historischer Natur. Ein gravierender Fehler war, den neuen
126 Herausforderungen mit einem Konzept des Niedriglohns zu begegnen, wie er in Sachsen bis heute in vielen
127 Bereichen besteht. Die PDS warnte damals davor, der Ministerpräsident jedoch folgte der Niedriglohnstrategie,
128 die von neoliberalen Instituten (z.B. Ifo-Institut) vorgeschlagen wurde. Sachsens Chancen lägen „in seinen vielen
129 nicht tarifvertraglich gebundenen Unternehmen und seinem vergleichsweise geringen gewerkschaftlichen
130 Organisationsgrad der ArbeitnehmerInnen“, so das Ifo-Institut. Gefordert wurde eine „Senkung des Lohnniveaus
131 in den davon (gemeint war die EU-Erweiterung) unmittelbar betroffenen Marktsegmenten.“
132

133 Gesagt - getan - gescheitert!

134 Das Niedriglohn-Konzept war und ist für niemanden ein Erfolgsrezept, weil es nicht auf hohe Wertschöpfung
135 orientiert, sondern auf peripheres Wirtschaften. Sachsen braucht im europäischen Kontext eine Politik, die
136 Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kultur- und Bildungspolitik sowie Verkehrspolitik und Ökologie in ihren
137 Zusammenhängen begreift und gestaltet. Erst in diesem Zusammenwirken wird sie zur Politik einer
138 europäischen Region und Politik für eine europäische Region.
139

140 Sachsen bildet die Mitte eines Kreuzes. Denken und Zusammenarbeit in diesem Koordinatensystem erfordert
141 für Sachsen, sich im Schnittpunkt zwischen Kraków und dem Westen einerseits und andererseits auf einer Linie
142 mit Berlin, Prag, Wien, Budapest, Triest befindlich zu verstehen. Östlich von Kraków eröffnen sich die Ukraine
143 und der Schwarzmeerraum. Nördlich von Berlin eröffnen sich das Baltikum und Skandinavien. Südlich von uns
144 und dem Böhmisches Becken der Alpen- und Adriaraum.
145

146 „Eröffnen“ geschieht jedoch nicht im Selbstlauf. Es muss gestaltet werden. Vieles wurde bereits versäumt.
147 Richtung Westen stehen wir aktuell vor einer „Sackgasse“. Der Weg von Warschau (Moskau) nach Westeuropa
148 geht über Berlin, der von Kraków (Kiew) über Prag und Nürnberg bzw. über Budapest und Wien. Von Leipzig aus
149 gibt es keine direkten Zugverbindungen mehr in die westeuropäischen Metropolen. Der Zugverkehr von der
150 Nordsee und dem Baltikum zur Adria geht ebenfalls an Sachsen vorbei; entweder über den Westen
151 Deutschlands oder über Polen und Tschechien nach Österreich. Die einstige direkte Zugverbindung Berlin -
152 Leipzig - München - Salzburg - Ljubljana - Zagreb ist längst gestrichen. Es gibt eine einzige direkte
153 Zugverbindung am Tag zwischen Hamburg und Villach über Berlin, Dresden, Prag, Brunn und Wien. Der
154 „Interkontinentalflughafen“ Leipzig-Halle ist nie ein solcher geworden. Dresden und Leipzig sind hauptsächlich
155 Flughäfen für Zubringerflüge und Ferienflieger.
156

157 Es zeigt sich: Der Kreuzungspunkt der Balken eines Kreuzes ist nicht unbedingt dessen Zentrum. Schaut man
158 von den jeweiligen Anfängen der Balken zur Mitte, so befinden sich gerade in der Mitte zwei „doppelte
159 Peripherien“ - es stoßen die Peripherien von links und rechts und von oben und unten aufeinander. Die „Mitte“
160 ist in Wirklichkeit eine Zone, in der die Energien aus den Balken auslaufen. Die direkte Verbindung zwischen den
161 Anfängen der Balken geht nicht über die Mitte. In einer solchen Situation befindet sich Sachsen. Am wenigsten
162 merken wir es noch in der Hochkultur, am stärksten bemerkt man es bei den Verkehrswegen und beim
163 „Handelsplatz“.
164

165 Sachsen braucht unter den beschriebenen Umständen nicht irgendwelche regionalen Mythen der besonderen
166 Bedeutsamkeit als Mitte und Brücke, sondern mehr Realitätssinn. Es benötigt die politische Umsetzung der
167 Einsicht, dass vor allem die Beziehungen zu Polen und Tschechien in dieser Denkweise und im Rahmen der EU
168 keineswegs „Außenbeziehungen“ im klassischen Sinn sind. Es braucht eine gemeinsame Strukturpolitik, die die
169 kulturelle Infrastruktur, die Verkehrsstruktur und Wirtschaftsstruktur und schließlich auch die Angleichung der
170 Sozialstruktur umfasst. Das impliziert notwendigerweise aber auch verstärkte Kooperation mit Brandenburg.

171 Bisherige Pilotprojekte müssten ausgewertet werden, klar ist aber wohl, dass das, was die bisherigen
172 Euroregionen („Elbe-Labe“, „Neisse – Nisja“) leisteten, weit überschritten und in eine neue Qualität überführt
173 werden muss.

174

175 Wir müssen uns unmissverständlich klar machen, dass die Entwicklung Sachsens vorrangig vom
176 Zusammenwirken mit den Nachbarn abhängt. Allerdings brauchen uns diese – drastisch gesagt – derzeit
177 weniger, als wir sie. Das macht Sachsens Lage politisch brisant. Die Last der Mühe um Kooperation und
178 Austausch liegt heute sehr viel mehr auf Sachsen als auf den Nachbarn. Ihnen bieten sich mehr Möglichkeiten
179 des „gegenseitigen Vorteils“.

180

181 Die sächsische LINKE hat sich übrigens deutlich intensiver und konkreter als die Staatsregierung diesen
182 Aufgaben gestellt. Aus der Zusammenarbeit mit linken Parteien in Polen und Tschechien sind Ideen und
183 Projekte erwachsen, die durchaus vorbildlichen Charakter haben und ausgebaut werden können.

184

185 **Die Krise in Europa und die Alternative**

186

187 Am Beginn des Europäischen Integrationsprozesses stand die unmittelbare Erinnerung an den schlimmsten aller
188 bisherigen Kriege mit vielen Millionen Toten und einem verwüsteten Europa, an dessen Ende die Menschen in
189 Europa ihrer Existenzgrundlage beraubt waren. Um einerseits die Volkswirtschaften der an der Nahtstelle der
190 bisherigen Kriegsfeinde gelegenen Länder wieder in Gang zu setzen und sich auch im internationalen
191 Konkurrenzkampf der aufstrebenden Supermächte USA und UdSSR zu positionieren, Arbeit und
192 Grundversorgung zu sichern und um zugleich durch die Verflechtung der Montanindustrien der früheren
193 Kriegsgegner einen Prozess zu initiieren, an dessen Ende die Integration der Staaten stehen sollte, war die
194 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl die erste Etappe auf dem Weg zur heutigen Europäischen Union.
195 Durch die ökonomische Verflechtung der Mitgliedsstaaten sollte eine europäische Friedensordnung geschaffen
196 werden.

197

198 Es zeigt sich aber im Laufe der Entwicklung der EU, dass die ökonomische Integration allein nicht ausreicht.
199 Eine Friedensordnung bedarf ebenso sehr auch der sozialen, ökologischen und politischen Integration.

200

201 Die Krise der Europäischen Währungsunion, kurz Euro-Krise, wird häufig als Staatsschuldenkrise Griechenlands,
202 Portugals und anderer Euro-Länder dargestellt. Diese Analyse greift zu kurz, verkennt die tatsächlichen
203 Ursachen und kommt damit zu völlig falschen Schlussfolgerungen.

204

205 Die Einführung des Euro war wegen ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Vereinheitlichung der Geldpolitik von
206 Beginn mit einem Konstruktionsfehler behaftet, weil sie nicht durch eine Koordination der Wirtschafts-, Sozial-
207 und Fiskalpolitik ergänzt wurde. Eine einheitliche Geldpolitik für eine Gruppe von Ländern mit recht
208 unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, Arbeitsmärkten und Unternehmenslandschaften führt unter
209 Konkurrenzbedingungen notwendigerweise dazu, dass sich die Unterschiede dieser Länder eher verstärken. Die
210 Europäische Union ist spätestens mit dem Vertrag von Maastricht und der Einführung des europäischen
211 Binnenmarktes 1993 ein Projekt der Staatenkonkurrenz geworden.

212

213 Im Ergebnis sind die Staaten „schlanker“ geworden, soziale Leistungen und Rechte wurden abgebaut oder
214 verhindert, die soziale Absicherung gegen Lebensrisiken wie Krankheit oder Erwerbslosigkeit wurden immer
215 stärker zusammengestrichen, die Bildung verkümmert und die öffentliche Infrastruktur – seien es nun Straßen,
216 (Hoch-)Schulen, Versorgungsnetze oder Abwassersysteme – verfällt immer mehr.

217

218 Zugleich findet ein Steuerwettlauf statt, der seine Basis in der einseitigen und völlig überzogenen, alle
219 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Wettbewerbsphilosophie der EU-
220 Wirtschaftspolitik hat, in der der Solidaritätsgedanke vernachlässigt wird. Neben dem erheblichen Rückgang
221 ihrer Steuereinnahmen durch Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende sowie durch

222 Vernachlässigung des realen Steuervollzuges ist das derzeitige Schuldenproblem vieler Euro-Staaten zuallererst
223 durch massive Stützung maroder Banken bedingt.

224
225 Die EU – und in noch stärkerer Form die Euro-Zone – ernten nunmehr die verdorbenen Früchte dieser
226 umfassenden Konkurrenzlogik.

227
228 Wie sehr sich die Euro-Zone dadurch auseinanderentwickelt hat, zeigen die dramatischen Ungleichgewichte in
229 den Handelsbilanzen. Vor allem Deutschland hat mit seiner aggressiven Exportorientierung seine europäischen
230 Konkurrenzvolkswirtschaften niederkonkurriert. Dabei sind Technologiefortschritt, hohe Qualitätsmaßstäbe und
231 niedrige Lohnstückkosten einerseits und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mittels Leiharbeit und
232 zunehmender Ersetzung regulärer Beschäftigung durch sie sowie der Erhöhung des Erpressungspotenzials der
233 Stammebelegschaften durch Massenarbeitslosigkeit, Lohnzurückhaltung und Sozialabbau (Agenda 2010, Rente
234 mit 67 etc.) andererseits zu einem beherrschenden Rahmen dieses Konkurrenzkampfes verschmolzen.
235 Deutschland hat von 2000 bis 2010 über 1000 Mrd. Euro an Exportüberschüssen gegenüber dem Ausland
236 aufgehäuft, der größte Teil davon gegenüber den EU-„Partnern“. Im gleichen Maße, wie
237 Deutschland Exportüberschüsse erwirtschaftet hat, mussten andere Länder Importüberschüsse hinnehmen,
238 denn die Überschüsse der einen sind immer die Defizite der anderen. Allein die Euro-Krisen-Länder
239 Griechenland und Portugal haben im gleichen Zeitraum 377 Mrd. Euro an Leistungsbilanzdefiziten aufgehäuft
240 und mussten sich dieses Geld überwiegend im Ausland leihen. Die Krise der Euro-Zone ist daher vor allem und
241 zuerst eine Auslandsschuldenkrise ganzer Länder (inkl. der Auslandsschulden der privaten Haushalte, Banken
242 und Unternehmen) und nicht primär eine Staatschuldenkrise der öffentlichen Haushalte.

243
244 Ohne ein Gegensteuern gegen die Leistungsbilanzungleichgewichte durch eine koordinierte Wirtschafts-, Sozial-
245 und Fiskalpolitik und durch einen Strukturwandel auch in Überschussländern wie Deutschland (inkl. der
246 Umorientierung vom Export auf die Binnenwirtschaft) ist die Währungsunion nicht überlebensfähig. In einer so
247 zu gestaltenden Wirtschaftspolitik sollen die Handelsbilanzergebnisse in einen vertretbaren Korridor mit
248 gleichwertigem Toleranzbereich für Überschüsse und Defizite geführt werden. Deshalb wollen wir als LINKE für
249 die Wirtschaftspolitik in Deutschland die bisherige Unterstützung exportorientierter Industrien durch eine
250 deutlich stärkere Orientierung auf binnenwirtschaftlich agierende sowie beschäftigungsintensive Unternehmen
251 und regionale Wirtschaftskreisläufe ergänzen. Dabei werden die Chancen überregional vermarktungsfähiger
252 Produkte und Dienstleistungen genutzt, sofern diese sozial sinnvoll und ökologisch vertretbar sind. Für die
253 Volkswirtschaften der sogenannten europäischen Krisenländer muss an die Stelle haushalterischer und
254 wirtschaftlicher Knebelung ein längerfristig angelegter sozial-ökologischer Wirtschaftsentwicklungsprozess
255 durch öffentliche und private Investitionen („Marshallplan“) treten, der sie in die Lage versetzt, die strukturelle
256 Schwäche zu überwinden und vor allem gute Arbeitsbedingungen in heimischen Wirtschaftszweigen zu
257 schaffen. Damit wird Nachhaltigkeit zu einem Schlüsselprojekt für die Zukunft der Europäischen Union.

258
259 So wenig die EU in ihrer bestehenden Form in den Verträgen von Maastricht und Lissabon kritiklos-unterstützt
260 werden kann, so falsch und gefährlich wäre mit Blick auf die deutsche und europäische Geschichte–die
261 Annahme, das Ziel einer europäischen Annäherung und guten Nachbarschaft wäre durch einen Kollaps der EU
262 leichter zu bewerkstelligen. Um der Europäischen Union einen neuen Integrationsimpuls zu verleihen, muss sie
263 zu einem gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum entwickelt werden, in dem die kulturelle Vielfalt eine
264 Bereicherung für alle ist und die Freizügigkeit in der Union nicht nur für Kapital, Güter, Waren und
265 Dienstleistungen gilt, sondern vor allem für die BürgerInnen der Europäischen Union, und zwar uneingeschränkt.
266 Vor allem aber bedarf es der wahrhaft demokratischen Legitimation der EU-Kommission und der gesetzlichen
267 Hoheit des Europäischen Parlamentes als der wirklichen gesetzgebenden Versammlung der EU. Die
268 demokratischen Gestaltungs- und Kontrollrechte müssen durch eine zukunftsfähige Wirtschaftsdemokratie auf
269 europäischer Ebene komplettiert werden.

270 Nationalismus – Verhältnis der EU zu den Nationalstaaten

271 Nach dem deutschen Faschismus und zwei mörderischen Weltkriegen, in denen Deutschland und die
272 Nationalstaatsidee eine Schlüsselrolle gespielt haben, muss die Idee des Nationalismus als historisch
273 unwiderrufbar diskreditiert betrachtet werden. Sie kann deshalb keine Option linker Politik sein!

274

275 Nun kann man natürlich darauf verweisen, dass der Nationalstaat den Rahmen für die Entwicklung der
276 europäischen Sozialstaaten und Rechtsstaaten gebildet hat. Das gilt sicher für einen Teil der EU-Staaten,
277 insbesondere für die EU-Gründungsländer, für die skandinavischen Länder und für Großbritannien. Allerdings
278 wurde der Sozialstaat im nationalstaatlichen Rahmen nicht freiwillig von der Kapitaleseite gewährt. Vielmehr
279 wurde er von den Gewerkschaften der Kapitaleseite mühsam in jahrzehntelangen sozialen Kämpfen abgerungen.
280 In Deutschland hat der Sozialstaat vor allem in den Jahren nach den beiden Weltkriegen aufgrund der
281 seinerzeitigen besonderen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse entscheidende Fortschritte erfahren.

282

283 Zudem haben die europäischen Sozialstaaten die Ausbeutung der so genannten dritten Welt zur Voraussetzung.
284 Dieser Aspekt wird allzu oft nur am Rande wahrgenommen. Der Nationalstaat ist also auch aus dieser
285 Perspektive ambivalent. Seine historischen Wohltaten richten sich nur an seine BürgerInnen, an die, die dazu
286 gehören. Wer nicht dazugehört, hat nicht nur keine Ansprüche, sondern zahlt für den Sozialstaat oft genug noch
287 mit. Mit anderen Worten: Gerechtigkeit ist im nationalstaatlichen Rahmen nur beschränkt möglich. Auf die
288 globale Herausforderung an Gerechtigkeit und auch an ein ökologisches Wirtschaften gibt er keine hinreichende
289 Antwort.

290

291 Was für die oben genannten Länder im Blick auf den Nationalstaat gilt, gilt aber für alle EU-Mitgliedsstaaten. Die
292 drei Länder Spanien, Portugal und Griechenland haben sich erst Mitte der 1970er Jahre aus rechten Diktaturen
293 befreien können und erst zu diesem Zeitpunkt den Übergang in moderne Gesellschaften und Ökonomien
294 begonnen. Formal ist in diesen Ländern der Sozial- und Rechtsstaat zwar noch innerhalb des
295 Nationalstaatkonzepts aufgebaut worden. Substantiell konnte er aber nur mit der Unterstützung der EU
296 aufgebaut werden. Ohne die Gelder aus den Kohäsionsfonds der EU (bzw. der Vorgänger der EU) hätten diese
297 Länder keine funktionierenden Sozialstaaten aufbauen können, jedenfalls nicht in so kurzer Zeit, wie es
298 geschehen ist.

299

300 In dieser historischen Phase der EU war die Struktur- und Regionalpolitik dazu vorgesehen, die ökonomischen
301 Ungleichheiten und die Ungleichheiten der Lebensbedingungen innerhalb der EU einander anzugleichen. Für
302 Deutschland mit seinen relativ hohen Standards war das nie ganz unproblematisch. Erst unter dem Druck des
303 erstarkenden Neoliberalismus in den 1990er Jahren hat sich die gefährliche Vorstellung durchgesetzt, dass
304 Ungleichheit nicht als ein zu überwindendes Problem zu betrachten sei, sondern als Motor der Entwicklung.

305

306 Unter diesem Vorzeichen haben die Nationalstaaten seit den 1990er Jahren verstärkt begonnen,
307 sozialstaatliche Errungenschaften abzubauen. Allen voran die deutsche Bundesregierung. Sie versucht die
308 nationalen Parlamente mehr und mehr zu entmachten und sie macht – allen voran – dem Europäischen
309 Parlament die seit 1999 errungenen Mitentscheidungskompetenzen streitig und versucht sie soweit wie
310 möglich zurückzudrängen, wie am Beispiel des sog. Fiskal-Paktes sichtbar wird!

311

312 Eingebettet ist dieser Prozess in tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt infolge
313 informationstechnologischen Fortschritts. Diese Veränderungen der Arbeitswelt bedingen ihrerseits
314 tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere eine Verschiebung der gesellschaftlichen
315 Machtverhältnisse, die sich in zunehmender Arbeitslosigkeit und daraus resultierenden Machtverlusten der
316 Gewerkschaften sowie zunehmender atypischer Arbeitsverhältnisse ausdrücken. Somit sind die Gewinne aus
317 dem technischen Fortschritt (Rationalisierungsgewinne) in den letzten Jahrzehnten vor allem der Kapitaleseite
318 zugutegekommen. Ziel linker Politik ist es, den technischen Fortschritt in sozialen und demokratischen
319 Fortschritt zu übersetzen. Dies wird nur auf europäischer Ebene zu erreichen sein.

320

321 Sachsen besitzt als eigenständige Region die Möglichkeit, dieser Tendenz auf verschiedenen Wegen entgegen
322 zu steuern, insbesondere durch effektive Nutzung der Chancen, die sich aus den europäischen
323 Fördermöglichkeiten ergeben. Sächsische Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke können durch
324 Mitwirkung im Rahmen Operationeller Programme sozialen Ausgleich anstreben und die Schaffung
325 gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in grundlegenden Bereichen unterstützen.
326

327 **Die Zukunft Europas und der Europäischen Linken – Anforderungen an Sachsens LINKE**

328 Demokratische Erneuerung der EU und der Europäischen Linken

329 Wir sind der Ansicht, ein wahrhaft soziales Europa kann nur von unten entstehen.
330 Die Positionen unserer Partei müssen daher an die Kämpfe, Auseinandersetzungen und sozialen Bewegungen in
331 Europa anknüpfen. Unsere Solidarität gehört den Menschen in Griechenland und anderen von der Austerität
332 betroffenen Länder gegen Spardiktate und Entdemokratisierung. Denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen
333 Griechen und Deutschen, sondern zwischen Arm und Reich, Unten und Oben.
334 Wir wollen keinen Fiskalpakt, sondern brauchen einen Sozialpakt in Europa.
335 Der von 25 Regierungen im Europäischen Rat beschlossenen Fiskalpakt ist Kern des neoliberalen,
336 demokratiefeindlichen, unsozialen und Umwelt zerstörenden Konzeptes, mit dem die Kapitaleliten ihre
337 Interessen auf den Kapitalmärkten der Welt durchsetzen. Der Fiskalpakt ist kein EU-Vertrag. Er wurde an den
338 Rechtsetzungsmechanismen der Europäischen Union und ihrer Institutionen vorbei geschaffen und als
339 internationaler Vertrag geschlossen. Durch zumeist neoliberale bzw. konservative Mehrheiten wurde der
340 Vertrag durch die nationalen Parlamente (Ausnahme Zypern) der teilnehmenden Staaten bestätigt und
341 ratifiziert. Dabei haben einige Staaten nur den sogenannten Governance-Rahmen umgesetzt. Als
342 internationaler Vertrag bindet der Fiskalpakt die Teilnehmerstaaten für den Fall, sie geraten in Not,
343 Austeritätspolitik einschließlich des Abbaus sozialstaatlicher Grundrechte automatisch vorzunehmen. Wir
344 fordern:

- 345 • Statt des Fiskalpaktes ein europäisches Investitionsprogramm für den Ausbau öffentlicher Infrastruktur
346 und der Daseinsvorsorge.
- 347 • Alle im Rahmen der so genannten Euro-Rettung getroffenen Entscheidungen zu widerrufen und eine
348 wirksame Regulierung der Finanzmärkte, Schließung der Steueroasen, Verbot riskanter
349 Spekulationsgeschäfte und Umbau des Bankensystems (Verkleinerung) vorzunehmen, eine öffentliche
350 europäische Bank zu gründen und eine europäische Vermögensabgabe einzuführen.
- 351 • Eine Wirtschafts- und Industriepolitik in Europa zu entwickeln, Ungleichgewichte abzubauen und
352 Lohndumping zu verbieten.
- 353 • Wir wollen eine Sozialklausel zum Schutz sozialer Standards in die EU-Verträge integrieren.

354
355 Unsere Alternative zur bestehenden EU ist die solidarische Erneuerung der EU durch:

- 356 • Radikale Erweiterung der Bürgerdemokratie auf europäischer Ebene, Volksentscheide muss es zu allen
357 zu wesentlichen Entscheidungen der EU geben. Deren Ergebnis muss verbindlich sein.
- 358 • Alle EU-Institutionen sind tiefgreifend zu demokratisieren: Stärkung der Rechte des Europaparlamentes
359 zulasten des Europäischen Rates. Das Parlament muss alleiniger Gesetzgeber werden.
- 360 • Der Europäische Rat soll eine Stellung ähnlich dem Bundesrat in Deutschland erhalten. Das Parlament
361 muss die Kontrollfunktion über die Kommission ausüben. Stärkung der Mitspracherechte der nationalen
362 und regionalen Parlamente und Verzahnung mit dem EP. Institutionalisierung und Praktizierung einer
363 neuen Kultur des Miteinanders zwischen den Parlamenten der verschiedenen Ebenen.
- 364 • Wiedergewinnung der „Kohäsion“ (Zusammenhalt) zum Abbau von Disparitäten zwischen den Regionen
365 innerhalb der EU.

- 366 • Statt vertraglicher Präferenz der Binnenmarktideologie muss Armutsbekämpfung, nachhaltige
367 Umweltpolitik und Antidiskriminierung vertragliches Hauptziel der europäischen Integration werden.
- 368 • Deutliche Aufwertung der Regionen, in denen zulasten nationaler Entscheidungen die EU beratend
369 unterstützt wird. Regionale parlamentarische Europaausschüsse sind in allen Bundesländern
370 verpflichtend zu gründen und auf Länderebene Europabeauftragte zu benennen.
- 371 • Stärkung des EUGH hinsichtlich der Einklagbarkeit der Rechte gemäß der Europäischen
372 Menschenrechtskonvention und der Durchsetzung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
373 für Menschenrechte.
- 374 • Die EU muss eine berechenbare und faire Akteurin und Partnerin für Länder der so genannten Dritten
375 Welt werden, eine zuverlässige und deutlich erhöhte Entwicklungs- und humane Flüchtlingspolitik
376 betreiben.
- 377 • Schluss mit Privatisierungen, Deregulierung der Wirtschaft und dem Abbau des öffentlichen Dienstes
378 als Begleiterscheinung der EU-Beitrittsprozesse. Trotz der Vorzüge von Reisefreiheit bedeutet heute der
379 EU-Beitritt für die Masse der Bevölkerung vieler Beitrittsländer mehr Wettbewerb und mehr Armut. Das
380 Verschmelzen öffentlichen Eigentums widerspricht einer sozialen und humanen europäischen Politik und
381 dient allein dem Interesse von Großunternehmen.
- 382 • Die zunehmende Militarisierung und der Sicherheitswahn der EU müssen unverzüglich gestoppt und
383 zurückgenommen werden. Die EU muss treibende Akteurin für weltweite Abrüstung und
384 Entmilitarisierung, gegen Rüstungsexporte werden.
- 385 • Eine wichtige Funktion sollte der EU als Partnerin auf der Suche nach zivilen Konfliktlösungen
386 zukommen, wie im Nahen Osten oder in anderen Krisenregionen.
- 387

388 Wir brauchen in der LINKEN eine Debatte. Wir brauchen eine Debatte zur Kompetenzverteilung auf den
389 verschiedenen Ebenen. Wofür brauchen und wollen wir aus welchen Gründen EU-Regelungen? Wo sind sie
390 wirklich nötig? Wo hinderlich? Das setzt voraus klarzustellen, welche Aufgaben wo lösbar sind. Aus diesem
391 pragmatischen Verständnis heraus wollen wir als LINKE unsere Vision von der EU und Europa entwickeln.
392

393 Für eine starke Europäische Linke

394 Das bedarf jedoch einer stärkeren parlamentarischen und außerparlamentarischen Zusammenarbeit und
395 Kooperation der linken Parteien in Europa, wie zum Beispiel in der Europäischen Linkspartei (EL). Die Linke in
396 Europa befindet sich trotz großer Unterschiede nach wie vor in einer schwierigen Lage. Insbesondere in Ost-
397 und Mitteleuropa gibt es mit Ausnahme der sehr starken KPCM in der Tschechischen Republik kaum relevante
398 linke Parteien. Die unterschiedlichen politischen Familien (Kommunisten, Reformsozialisten, Nordisch-Grüne
399 Linke) haben sehr unterschiedliche politische Positionen, beginnend mit strengem Konservatismus bis hin zu
400 emanzipatorischer Politik. Die Erarbeitung von Gemeinsamkeiten wird vor allem durch die unterschiedliche
401 Bewertung der europäischen Ebene durch die linken Parteien erschwert. Diese reicht von EU-Kritik, EU-
402 Skeptizismus bis hin zur EU-Feindlichkeit. Der konföderale Charakter der Vereinigten Linksfraktion bedarf der
403 Weiterentwicklung und darf nicht länger als Feigenblatt für Nicht-Entwicklung hingenommen werden.
404 Insbesondere von der LINKEN wird erwartet, dass sie einen großen Beitrag zur Stärkung der Gemeinsamkeiten
405 leistet, als Mittler und Vermittler zwischen den Parteien wirkt, damit die Linke in Europa gestärkt wird. Alle
406 linken Parteien müssen jedoch für sich selbst prüfen, wie ihre europäische Politik künftig aussehen soll und
407 begreifen, dass europäische Politik eine eigenständige Politikebene darstellt, die mit nationaler und regionaler
408 Politik sehr eng verknüpft sein muss.

409 DIE LINKE Sachsen:

- 410 • erwartet, dass die Parteivorsitzenden den Dialog mit ihren AmtskollegInnen aufnehmen, um über die
411 Zukunft der kommenden Vereinigten Linksfraktion zu sprechen

- 412 • spricht sich für einen gemeinsame/n europäische/n SpitzenkandidatIn der Europäischen Linken für die
413 Europawahlen 2014 aus und wird diese/n in seiner/ihrer Arbeit aktiv unterstützen
- 414 • unterstützt einen gemeinsamen Politikansatz der Linken im Europawahlkampf und verlangt dafür vom
415 Parteivorstand der EL ein tragbares Konzept
- 416 • verlangt von den künftigen Europaabgeordneten der LINKEN engste Kooperation, Solidarität und
417 Transparenz innerhalb der neuen Fraktion.
- 418 • Perspektivisch wollen wir, dass es sich bei der Europawahl tatsächlich um eine europäische Wahl eines
419 echten europäischen Parlaments handelt und nicht wie derzeit de facto um nationalstaatliche Wahlen
420 von Teilparlamenten, die sich dann als Europäisches Parlament versammeln.

421 **Europapolitische Anforderungen an linke Politik in Sachsen für ein Europa der BürgerInnen und der** 422 **Solidarität**

423 Ein linker, sächsischer Beitrag für eine europäische Bürgerdemokratie

424 Europas Bürger leben in Regionen. Alles, was politisch auf EU-Ebene entschieden wird, kommt dort an, muss in
425 den Regionen vollzogen werden. Daher muss für uns in Sachsen die Region der Ausgangspunkt für jedwede und
426 daher auch europäische Politik sein. Dabei stellt sich als eine der größten Herausforderungen dar, „den/die
427 BürgerIn“ zum/zur AkteurIn aller wesentlichen Entscheidungen in den Regionen werden zu lassen. Unser
428 Leitbild von der Zukunft Sachsens als Region in Europa schließt daher die Befähigung der einzelnen BürgerInnen
429 sowie zivilgesellschaftlicher Personenvereinigungen ein, politische Entscheidungen über und in ihrer Region
430 nicht nur nachzuvollziehen, sondern aktiv und somit real zu beeinflussen. Das ist das Allgemeine.

431 Die besondere Anforderung für einen originär sächsischen Beitrag der Politikentwicklung im Kontext der
432 Europäischen Raumordnungs-, Regional- und Strukturpolitik bildet dabei die komplexe Spezifik einer die
433 Euroregionen heute stärker verbindenden EU-Binnengrenze einerseits und der in Deutschland
434 länderübergreifenden Regionenbildung im Rahmen der „Metropolregion Mitteldeutschland“ andererseits. Diese
435 Besonderheit wird dann zur Chance, wenn Sachsen von seinen BürgerInnen nicht nur territorial, sondern
436 historisch-kulturell, politisch, wirtschaftlich und sozial als kooperative Region begriffen wird. Damit leisten die
437 BürgerInnen im Dreiländereck einen unverzichtbaren Beitrag zu europäischer Integration und zum
438 wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa. Dieser Prozess wird aber nur dann nachhaltig sein,
439 wenn er von den BürgerInnen unmittelbar getragen wird. Auch dazu ist die direkte demokratische Teilhabe
440 vonnöten. Die grenz- und länderübergreifende Kooperation muss daher einen deutlich höheren Stellenwert in
441 der sächsischen Politik erhalten.“

- 442 • Dazu gehört der Ausbau von Regionalisierungsprozessen durch Stärkung der Planungsregionen in der
443 Raumordnung, regionale Entwicklungsziele, die von den BürgerInnen unmittelbar bestimmt werden,
444 Stärkung regionaler und lokaler Vernetzungen in Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Sozialpolitik. Regionen
445 brauchen mehr Eigenverantwortung, weniger staatlicher Kontrolle aus der Dresdner Residenz und die
446 Entwicklung eigener Vorstellungen zu gemeinsamen Raumordnungskonzepten im tschechisch-polnisch-
447 sächsischen Dreiländereck sowie im Bereich der „Metropolregion Mitteldeutschland.
- 448 • Nutzung der Kohäsionspolitik zur Stärkung regionaler Strukturen und Akteure: Die EU-Kommission
449 schlägt in ihren Verordnungsentwürfen zur neuen Fördermittelperiode nach 2013 vor, das
450 Partnerschaftsprinzip deutlich zu stärken. Das heißt, dass VertreterInnen der Zivilgesellschaft,
451 besonders aus dem Umweltbereich, den Nichtregierungsorganisationen und aus der Förderung von
452 Gleichstellung und Nichtdiskriminierung in die Erarbeitung der Zielstellungen für die Operationellen
453 Programme einbezogen werden sollen. Damit können Entwicklungsziele in den Regionen genauer
454 bestimmt und Erfolge verstetigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regional- und Strukturpolitik
455 mit regionalen und lokalen AkteurInnen entwickelt und ausgestaltet wird und nicht am grünen Tisch der
456 Staatsregierung.
- 457 • Um regionale Entwicklung weiter zu fördern, setzen wir uns bundesweit dafür ein, dass die gravierenden
458 landespolitisch bedingten Unterschiede in der Beantragung von EU-Mitteln abgeschafft und einheitliche

459 Standards und Formulare in der gesamten Bundesrepublik geschaffen werden. Dadurch werden
460 Kooperationen zwischen innerdeutschen Regionen erleichtert und transparent. Der Freistaat Sachsen
461 sollte Regionalbudgets vor allem im Sinne des diskutierten Regionenbegriffs einrichten, die auf die
462 Bedürfnisse nachhaltiger regionaler Entwicklung abgestellt sind und innerhalb der Regionen den
463 BürgerInnen mehr Freiheit bieten, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Mehr Vertrauen in die
464 Regionen und ihre BürgerInnen ist eine Voraussetzung dafür. Deshalb sollen die operationellen
465 Programme für grenz- oder länderübergreifende Regionen auf der Grundlage von Staatsverträgen auch
466 grenz- und länderübergreifend ausgestaltet werden.

- 467 • Wir brauchen eine verstärkte Länderkooperation innerhalb Deutschlands. Dafür müssen Konzepte auf
468 den Tisch, unter Einbeziehung regionaler AkteurInnen: Beispiel – verbindlicher Ausbau der
469 Städtekooperationen, aber auch Kooperationen im ländlichen Raum, Ausbau der Kooperationen
470 regionaler AkteurInnen, z.B. der Hochschulen, Kultureinrichtungen, Wissenschaftseinrichtungen
- 471 • Ausbau der Kooperation im Dreiländereck: In der Fördermittelperiode nach 2013 erhält
472 grenzüberschreitende Kooperation einen deutlich erhöhten Stellenwert und Mittel. Sachsen und die
473 benachbarten Regionen benötigen regional untersetzte Konzepte zur Weiterentwicklung der
474 entsprechenden Euroregionen. Transnationale grenzüberschreitende Kooperation muss vor allem im
475 Bereich der gemeinsamer Umwelt- und Energiepolitik (das schließt die Auseinandersetzung mit der
476 Atompolitik ein), Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik (gemeinsame Fachkräftepolitik und nicht bloßes
477 Abwerben der Besten nach Deutschland z.B.), Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Sozial- und
478 Gesundheitspolitik, Feuerwehr, Rettungsdienste ff. weiterentwickelt werden.
- 479 • Die Entwicklung des bisherigen Städtetzwerks „Metropolregion Mitteldeutschland“ zur Vertiefung der
480 länderübergreifenden Kooperation zwischen Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen wird durch die
481 LINKE aktiv unterstützt. Dazu müssen die beteiligten Bundesländer durch bi- und trilaterale
482 Staatsverträge administrative Hürden abbauen, Landesgrenzen für das Verwaltungshandeln einfacher
483 überwindbar machen sowie eine gemeinsame Raumordnung, Planung und die länderübergreifende
484 Nutzung Operationeller Programme der EU-Förderfonds ermöglichen. Dabei machen wir uns in Abkehr
485 vom bisherigen Top-Down-Prinzip für eine Basis orientierte Entwicklung (Bottom-up-Prozess) stark, die
486 die Metropolregion eben gerade nicht über eine „Kopfgeburt“ von oben, sondern über eine vertiefte
487 Kooperation der betroffenen Kommunen und Landkreise von unten entwickeln will.
- 488 • Herausragende Bedeutung kommt der Bildung zu: Unser Schulsystem und unsere Schulbildung in
489 Sachsen sollte die Nachbarschaft zu Polen und Tschechien mitdenken und berücksichtigen. Das betrifft
490 allgemeine Schulhalte, Allgemeinbildung „über den Nachbarn“, aber auch Sprachförderung (nicht nur
491 im grenznahen Raum) Jede/jeder Jugendliche in Sachsen sollte wenigstens einmal ein Praktikum in
492 Polen oder Tschechien absolvieren. Ähnliches sollte auch für die Jugendlichen aus den angrenzenden
493 Bezirken unserer Nachbarländer gewährt werden.
- 494 • Unterstützung demokratischer und emanzipatorischer Kräfte: Kampf gegen menschenfeindliche
495 Ideologien in den drei Ländern, gemeinsame Aktionen (siehe Sachsen: Dresden 13. Februar). Dazu
496 gehören die Bekämpfung von Antiziganismus und die aktive Unterstützung von Roma-Organisationen
497 zur Entwicklung starker Interessenvertretungen für die Gleichberechtigung von Minderheiten wie in
498 Tschechien, von Bedeutung ist dafür die Nutzung der Erfahrungen beispielsweise der SorbInnen.
- 499 • Ebenso wichtig ist der entschlossene Kampf gegen die in Europa wachsende Homophobie. Dringend
500 geboten ist es, sich im Dreiländereck, das heißt in allen drei Mitgliedsstaaten beispielhaft stark zu
501 machen für Selbstbestimmungsprojekte von LSBT-Organisationen (Lesben-Schwule-Bisexuelle und
502 Trans-Organisationen), dazu gehört auch deren finanzielle Unterstützung
- 503 • Staaten, die wie beispielsweise Ungarn antisemitische, antiziganistische und andere Formen der
504 Diskriminierung und Verfolgung von Menschen von Seiten des eigenen Staatsapparates oder durch

505 Duldung praktizieren, müssen im Rahmen der Möglichkeiten von der Europäischen Union sanktioniert
506 werden.
507

508 Europäische Fördermittelpolitik in Sachsens Regionen

509 Die Finanzpolitik der EU ist gekennzeichnet von milliardenschweren Finanzspritzen für die durch die Finanz- und
510 Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geratenen Staaten, die auch für Unsicherheit in der Eurozone sorgen, durch
511 ungeklärte Defizite im EU-Haushalt und der weiter notwendigen Kohäsionspolitik bei zunehmenden
512 Mitgliedsstaaten und weniger werdenden Mitteln.
513

514 Mit dem Beitritt ärmerer Staaten zur EU seit 2004 und durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sind auch die
515 Unterschiede zwischen Arm und Reich innerhalb der EU drastisch angewachsen.
516

517 Rumänien und Bulgarien haben ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von ca. einem Drittel des durchschnittlichen EU-
518 BIP. Sinn und Zweck der EU-Struktur- und Regionalpolitik ist der wirtschaftliche, soziale und territoriale
519 Zusammenhalt und der Abbau der großen Unterschiede zwischen den 271 Regionen. Sachsens Regionen haben
520 seit 1991 zu den ärmsten und am meisten unterstützten Regionen der EU gehört. Seit 1991 flossen ca. 15 Mrd.
521 Euro in Sachsens Wirtschaft, Wissenschaft, Technologieentwicklung, Beschäftigungspolitik und in die
522 Landwirtschaft. Wesentliche Infrastruktur einschließlich neuer Arbeitsplätze wurde damit entwickelt. In der nun
523 auslaufenden gegenwärtigen Förderperiode sind das rund 5 Mrd. Euro.

524 In der neuen Fördermittelperiode nach 2013 fallen sämtliche ostdeutschen Regionen aus der EU-
525 Höchstförderung, darunter auch Sachsen.
526

527 Der beschlossene mehrjährige Finanzrahmen sieht eine Kürzung der Strukturfondsmittel um 8,4% vor. Der
528 Freistaat Sachsen wird nur noch reichlich 60% der derzeitigen Förderung erhalten, rund 2,7 Mrd. Euro. Die
529 Region Leipzig verlor die Höchstförderung bereits 2007 (phasing out), erhält aber einen Zuschlag in Höhe von
530 200 Millionen Euro. Gegenwärtig werden die operationellen Programme zur Umsetzung der
531 Strukturfondsförderung erstellt.
532

533 Im aktuellen Gesamthaushalt des Freistaates Sachsen machen Fördermittel der EU 21,2% bzw. 22% aus, in
534 einigen Bereichen sogar deutlich mehr. Bei der Beschäftigungspolitik 78,8% und 76 %, bei der Entwicklung des
535 ländlichen Raumes 67% und 57,8 % und bei Forschung und Technologie 70,2 % und 39,3 %. 2014 wird der
536 Freistaat 532,7 Millionen € von der EU erhalten.

537 Nach Auslaufen der n+2 - Jahre und dem damit verbundenen Überlappungseffekt wird sich der gravierende
538 Rückgang der Fördermittel deutlich bemerkbar machen. Hier muss der Freistaat langfristig und nachhaltig
539 gegensteuern und bislang EU-finanzierte Programme durch Landesprogramme ersetzen. In der vergangenen Zeit
540 wurde hier leider genau der entgegengesetzte Weg beschritten. Viele für den Freistaat und seine
541 EinwohnerInnen wichtige Projekte werden mit Mitteln der europäischen Union gefördert. Den kompletten
542 Wegfall dieser Programme kann sich Sachsen nicht leisten. Zudem haben wir in Sachsen den scheinbaren
543 Widerspruch zwischen der Förderung sogenannter Leuchttürme, die als zentrale Orte ihre Verantwortung für die
544 umliegenden Regionen wahrnehmen sollen und den weiterhin auf Förderung angewiesenen ländlichen Regionen
545 zu tun. Vor dem Hintergrund der weiter sinkenden Mittel dürfen der urbane und der ländliche Raum nicht
546 gegeneinander ausgespielt werden.
547

548 Unsere Forderungen als LINKE in Sachsen sind dafür:

- 549 1. Wir verlangen eine Umverteilung der Haushaltsmittel der EU zugunsten einer wirksamen
550 Armutsbekämpfung, insbesondere junger Menschen in der EU zulasten der Mittel für Militarisierung

- 551 und Sicherheitspolitik! Wir fordern die Bundesregierung auf, für Finanzsicherheit im Europäischen Rat
552 einzutreten, indem die gesetzlich der EU zustehenden Mittel für 2013 endlich vollständig eingezahlt
553 werden
- 554 2. Wir verlangen, dass sich Sachsen im Bundesrat dafür einsetzt, dass die Bundesrepublik initiativ wird,
555 um endlich eine Finanztransaktionssteuer in der EU einzuführen.
 - 556 3. Der Abbau von Armut in der EU ist nur möglich, wenn mit der verhängnisvollen Sparpolitik in den
557 Mitgliedstaaten Schluss gemacht wird und in der EU eine soziale Fortschrittsklausel in alle Verträge
558 eingeführt wird. Daher setzen wir uns dafür auf nationaler und europäischer Ebene ein.
 - 559 4. Wir setzen uns dafür ein, dass die aus der Höchstförderung heraus fallenden Regionen, wie die
560 ostdeutschen Regionen einschließlich der Phasing-Out-Regionen, wie Leipzig, solange eine
561 Übergangsförderung (Zwischenkategorie) erhalten, die zwei Drittel des bisherigen Förderumfangs
562 beträgt, wie dies entwicklungspolitisch erforderlich ist. Formale Stichjahre sind kontraproduktiv und
563 widerspiegeln nicht die reale Situation in diesen Regionen.
 - 564 5. Wir setzen uns dafür ein, dass mit den Struktur- und Regionalpolitik ursächlich nicht
565 zusammenhängende Restriktionen und Bedingungen für die Mittelgewährung in den Regionen
566 abgeschafft werden.
 - 567 6. Antidiskriminierung und aktive Armutsbekämpfung, zum Beispiel durch die Auflegung von
568 Landesarmutsprogrammen, müssen Bestandteil dieser Politik werden. Ein solches konkretes
569 Programm verlangen wir auch für Sachsen.
 - 570 7. Statt mehr Restriktion muss es um den Abbau von Bürokratien und Erleichterung der Nutzung von EU-
571 Mitteln für regionale AkteurlInnen gehen. Die EU muss eine Ausgleichsunion zum Abbau von Armut und
572 Diskriminierung werden.

573

574 **Sächsischer Landtag - Einflussnahme auf europäische Entscheidungen, Subsidiarität**

575 Sachsen als Region in Europa weiterentwickeln

576 Der Entwurf eines praktischen politischen Programms für Sachsen in Europa erfordert ein Grundverständnis zu
577 einem Europa der Regionen.

578 Die Europäische Integration als Politik des Friedens, der Solidarität und des sozialer Fortschritts muss
579 verbunden werden mit national vermittelter regionaler und lokaler Identität. Aus diesen beiden Seiten
580 (europäische Integration und regionale Identität) eines modernen Regionenverständnisses leiten sich
581 verschiedene Konsequenzen ab.

582

- 583 1. Europäische Integration vermittelt sich über einen ‚Mechanismus‘ der Mehr-Ebenen-Governance, in
584 welchem die Regionen allerdings nicht hierarchisch unter der nationalen und Europa-Ebene steht,
585 sondern eher in einem Dreiecksverhältnis eine eigenständige Rolle im Verhältnis zu Europa und der
586 Bundesebene spielt.
- 587 2. Regionale Identität auf der anderen Seite ist nicht als ‚Sachsenmythos‘ zu verstehen, sondern bezieht
588 sich neben der Region Sachsen ebenso auf grenz- und landesübergreifende Regionen, die sich aus
589 funktionalen Zusammenhängen (Wirtschaft, Tourismus, Verkehr ...) mit anderen Regionen ergeben.
590 „Region“ ist deshalb ein amorpher raumbezogener Begriff, der nicht starr z.B. durch administrative
591 Grenzen bestimmt wird, sondern etwas mit der praktischen und unmittelbaren Lebensgestaltung der
592 Menschen zu tun hat.
- 593 3. Eine dritte Ebene ergibt sich aus der grenzüberschreitenden und trans-regionalen Verbindung zwischen
594 Regionen in Europa, die gestützt auf regionale Eigenständigkeit (wie sie jedenfalls für Sachsen als
595 Bundesland gegeben ist) wechselseitig sinnvolle Beziehungen auch temporärer Art eingehen.

596 Naheliegend sind Euregios im unmittelbar grenzüberschreitenden Bereich oder länderübergreifend aber
597 auch zwischen Regionen, deren Territorien nicht unmittelbar aneinander grenzen, können Beziehungen
598 eingehen. Gerade unter dem Aspekt politischer Gestaltungskraft scheinen in dieser
599 grenzüberschreitenden und trans-regionalen Verbindung von Regionen in Europa Potenziale zu stecken,
600 die Handlungsspielräume in der EU ermöglichen (die Subsidiaritätskontrolle ist im Bereich der
601 parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Regionalparlamenten dafür ein Beispiel.)
602

603 Politische und parlamentarische Strukturen und Kommunikation sollten in Gestalt ihrer individuellen
604 AkteurInnen und Gruppen langfristig auf dieses Regionenverständnis ausgerichtet werden. Das betrifft
605 AkteurInnen in Gebietskörperschaften ebenso wie Parteistrukturen oder parlamentarische Institutionen und
606 Aktivitäten. Der hier angedachte Ansatz wendet sich also ausdrücklich von regionalem Egoismus und
607 Provinzialismus ab, der sein höchstes Ziel darin sieht, möglichst viele Fördermittel für die eigene Region zu
608 ergattern und im Übrigen auch in der Zusammenarbeit mit anderen Regionen primär den eigenen Vorteil im
609 Auge zu haben (siehe Abwerbung von medizinischem Personal aus Polen und Tschechien mit der Folge
610 kritischer Zustände im Gesundheitswesen in diesen Ländern.) Dieser Provinz-Egoismus ist tendenziell auch
611 immer mit Renationalisierungstendenzen verbunden, die Fremdenfeindlichkeit und Abgrenzung befördern.
612

613 Wirtschaftliche Chancen der Kooperation im europäischen Kontext

614 Mit der Territorialen Agenda der Europäischen Union - Für ein wettbewerbsfähiges nachhaltiges Europa der
615 vielfältigen Regionen - sollen auch die wirtschaftlichen Potentiale gestärkt werden. Europa steht vor einer
616 klaren und schwerwiegenden Entscheidung: Alle Mitglieder werden sich nur gemeinsam der unmittelbaren
617 Herausforderung von ökologisch sinnvoller Wirtschaftsentwicklung und den längerfristigen Problemen
618 (Globalisierung, Ressourcenknappheit, Alterung) stellen müssen, um Wettbewerbsfähigkeit in allen Regionen zu
619 ermöglichen und längerfristig dem Wohlstand in der gesamten Union den Weg zu bereiten („nachhaltiger
620 Aufschwung“).

621 Beispielhaft sollen zwei Wirtschaftszweige genannt werden, für die aus Sachsen mit seinen Nachbarländern
622 Polen und Tschechien Innovationspotential gehoben und Technologieentwicklung weltweit beeinflusst werden
623 kann.

624 Zwischen Sachsen und Polen und Sachsen und Tschechien befinden sich Lagerstätten mit strategischen
625 Rohstoffen. Der Abbau in Teilabschnitten, verursacht durch eine unterirdische Ländergrenze, ist unergiebig. Nur
626 gemeinsame Gewinnung, Aufbereitung und Vermarktung ist zielführend. Dies bedarf einer vertraglich möglichen
627 Fortentwicklung. Hierfür sind Instrumente durch DIE LINKE zu entwickeln.

628 Die europäische Energiestrategie „Energie 2020 - Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere
629 Energie“ hat auch zum Ziel, einen gesamteuropäischen integrierten Energiemarkt mit Infrastrukturen zu
630 entwickeln. Die EU verfolgt für den Zeitraum bis 2020 folgende Energie- und Klimaschutzziele: Senkung der
631 Treibhausgasemissionen um 20 %, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und Verbesserung der
632 Energieeffizienz um 20 %. Mehrmals musste Strom in Energienetze nach Polen und Tschechien aus Sachsen
633 transportiert werden, um black outs zu verhindern. Hierfür gibt es vielfältige Ursachen. Die Frage bleibt aber,
634 wie künftig bei steigenden Anteilen von Wind- und Solarstrom die Versorgungssicherheit in dieser europäischen
635 Region dauerhaft gewährleistet werden kann. Daher muss DIE LINKE eigene Vorstellungen eines regionalen
636 Kapazitätsmarktes entwickeln, um die Energiewende auch auf europäischer Ebene voranzutreiben.
637

638 Freie Fahrt für ArbeitnehmerInnen

639 Wir DIE LINKE Sachsen begrüßen den Grundsatz der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit. Jede/r EU-BürgerIn sollen
640 innerhalb der Union ihren Wohn- und Arbeitsplatz selbst und frei wählen können. Wir stehen für die

641 Gleichstellung aller ArbeitnehmerInnen und fordern auch Zugänge zu qualifizierten Berufen für Migrierende. Wir
642 kritisieren, dass sowohl die Bundesregierung als auch die sächsische Staatsregierung viel zu wenig
643 unternommen haben, um nachhaltige Chancen für Zuwanderer zu schaffen und den Arbeitsmarkt darauf
644 vorzubereiten.

645

646 Die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit hat in Sachsen weniger Effekte erbracht als erhofft. Das ist trotz der
647 gemeinsamen Grenze mit Tschechien und Polen so. Auch die Hoffnung, fehlende Fachkräfte zu gewinnen,
648 erwies sich als Irrtum. Arbeitskräfte aus EU-Ländern ziehen meist weiter. Gerade einmal im grenznahen Raum
649 gibt es einige Branchen, die von der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit profitieren. Das sind Pflegedienste und
650 andere Dienstleistungen, aber auch Krankenhäuser, die gern hochqualifizierte ÄrztInnen aus Tschechien oder
651 Polen einstellen, während in diesen Ländern dann wiederum ÄrztInnen fehlen.

652 Besonders schädlich sind die Entwicklungen in Zusammenarbeit mit Leiharbeitsfirmen aus anderen EU-
653 Mitgliedsstaaten (z.B. Polen), die im großen Umfang LeiharbeiterInnen in Deutschland beschäftigen können zu
654 extrem niedriger Entlohnung. Deutschlandweit sind es entgegen höherer Erwartungen nur bis zu 160.000
655 Beschäftigte, die über die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit hierher kamen bzw. kommen. Viele Arbeitssuchende
656 nutzen Sachsen ausschließlich als Transfer, weil die Löhne und Gehälter hier nicht geeignet sind, Fachkräfte
657 zuwandern zu lassen.

658 Wir als LINKE fordern:

- 659 • Nach wie vor einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, um Lohndumping einzugrenzen und bessere
660 Existenzbedingungen für ArbeitnehmerInnen zu schaffen.
- 661 • Grundsätzlich muss Sachsen die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit, die nach EU-Recht den BürgerInnen
662 zusteht, umfassend umsetzen. Das heißt, dass das auch für bulgarische und rumänische
663 StaatsbürgerInnen gelten muss.
- 664 • Ebenso müssen MigrantInnen eine reale Beschäftigungschance in Sachsen erhalten. Dazu können EU-
665 Fonds, wie des EFRE genutzt werden.
- 666 • Wir fordern von der sächsischen Regierung die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 10
667 Euro und die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen auch für Dienstleistungen mit
668 entsandten ArbeitnehmerInnen.
- 669 • Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, auch im Falle von ausländischen Arbeitnehmenden.
- 670 • Anerkennung von Qualifikationen und Berufsabschlüssen, das ist eine der wichtigsten Forderungen,
671 weil Hemmnisse, um zügig auf dem Arbeitsmarkt integriert zu werden
- 672 • Sprachunterricht für ArbeitnehmerInnen, nicht nur ein halbes Jahr, sondern bis zu einem Jahr. Das muss
673 aber umgekehrt auch stattfinden! Nutzung von EU-Mitteln aus dem ESF dafür
- 674 • Einführung von effizienten Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung der Arbeitsbedingungen und
675 tarifgerechten Bezahlung der ArbeitnehmerInnen in Sachsen! Das muss in erster Linie für
676 grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassungen zutreffen
- 677 • Sicherung der gewerkschaftlichen Organisierung dieser Arbeitnehmenden, deutliche Verbesserung der
678 Information über Rechte der ArbeitnehmerInnen im jeweiligen EU-Land. Stärkere Förderung von
679 Niederlassungen in Sachsen.

680

681 Migration und Asyl

682 Der so genannte arabische Frühling hat längst seinen Glanz verloren und zu weiteren Fluchtwellen geführt.
683 Kriege wie in Syrien, die unsichere Lage in Afghanistan, im Irak und in Nordafrika führen dazu, dass immer mehr
684 Menschen in Not geraten und ein Teil von ihnen aus ihren Herkunftsstaaten flüchten muss. Asylpolitik wird in
685 erster Linie auf europäischer Ebene in ihren Grundzügen beschlossen. Es gibt zwar dennoch große Unterschiede
686 in den Asyl- und Migrationssystemen der Mitgliedsstaaten, aber der inhumane Charakter im Umgang mit

687 Migration und besonders mit Flüchtlingen wurden mit dem jüngst beschlossenen EU-Asylpaket nicht
688 aufgehoben, sondern zementiert. Besonders die deutsche Regierung hat im Europäischen Rat wirkliche
689 Verbesserungen der Situation von MigrantInnen verhindert. Die DUBLIN-II-Verordnung (jetzt Dublin III) wurde
690 nicht abgeschafft, sodass nach wie vor diejenigen Mitgliedsstaaten für die Bearbeitung eines Asylantrages
691 zuständig bleiben, in denen der Asylsuchende ankommt. Da Deutschland bekanntlich nicht am Mittelmeer liegt,
692 ist es offenkundig, dass die Belastung des reichsten EU-Staates begrenzt bleibt im Unterschied zu der von
693 Anrainerstaaten, wie Griechenland, Malta oder Italien. Über die Belastung solcher Länder wie der Türkei und
694 Jordanien, welche die Hauptlast an Bürgerkriegsflüchtlingen zu tragen haben, wird gar nicht erst geredet. In
695 Sachsen selbst haben wir trotz Anstiegs, mit die geringsten AusländerInnenzahlen in Deutschland. Der
696 Zuwachs von Asylsuchenden in 2013 ist real. Vor allem aus der Russischen Föderation, immer mehr Flüchtlinge
697 aus Syrien, aber auch vom Westbalkan kommen viele Asylsuchende, insbesondere Roma. Der Zuwachs von
698 Asylsuchenden hat auch in Sachsen zu einer Renaissance der Massenunterkünfte geführt. Dezentrale
699 Unterbringungen sind rar und werden vermiest durch rassistische Kampagnen, die dazu führen Flüchtlingen im
700 Zweifelsfalle lieber keine Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Kommunen werden zeitgleich im Stich gelassen.
701 Sie müssen mit ihren knappen Kassen irgendwie Lösungen schaffen. Sachsen hat die Mittel für die
702 Asylpauschale bekanntlich vor Jahren heruntergefahren. Das führt in vielen Kommunen zu einem Minus bzw.
703 muss es entsprechend aus eigenen Mitteln bezuschusst werden.

704 Hinzu kommt ein weiterer Fakt:

705 Besonders war Deutschland im Rat treibender Keil die gerade erst erworbene Visafreiheit vieler Balkanstaaten
706 als Faustpfand gegen Migration und Asyl zu missbrauchen. Um möglichst zu verhindern, dass Roma, die in
707 diesen Ländern unter elenden Verhältnissen ihre Existenz kaum sichern können, zum Beispiel nach Sachsen
708 kommen, soll die Freizügigkeit eingeschränkt werden. Diese Erpressungspolitik wendet die deutsche Regierung
709 grundsätzlich bezüglich der Freizügigkeit im Schengen-Raum an. In beiden Fällen nimmt sie eine Führungsrolle
710 im Rat ein und treibt selbst Missbrauch mit der Visafreiheit, indem sie aktiv an der Aufweichung des Verbots
711 von Grenzkontrollen innerhalb von Schengen arbeitet.

712

713 Wir, DIE LINKE Sachsen fordern:

- 714 • Sachsen soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Verhandlungen zum Dublin-III-Verordnung
715 erneut aufgenommen werden sowie substantielle Verbesserungen für Asylsuchende in der EU
716 angestrengt werden!
- 717 • Eine menschenwürdige Aufnahme von Asylsuchenden in Sachsen.
- 718 • Einen Runden Tisch zur dezentralen Unterbringung von MigrantInnen in Sachsen unter Einbeziehung der
719 Kommunen und der Flüchtlingsorganisationen.
- 720 • Erhöhung der Pauschale für Asylsuchende in Sachsen entsprechend den realen Kosten.
- 721 • Kostenfreier Zugang von MigrantInnen zu Sprachkursen.
- 722 • Gezielte Maßnahmen zum Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, auch im öffentlichen Dienst.
- 723 • Welcome-Center in jeder Ausländerbehörde.
- 724 • Mindestens Zweisprachigkeit der MitarbeiterInnen in sächsischen Behörden.
- 725 • Gezieltes Programm zur Integration von Roma in Sachsen (betrifft Roma insbesondere vom Westbalkan)
726 fußend auf der Roma-Strategie der EU.
- 727 • Keine Abschiebungen in Länder, in denen eine menschenwürdige Existenz von MigrantInnen nicht
728 möglich ist. Keine Kriminalisierung.
- 729 • Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Migrationsorganisationen, Behörden und Verwaltungen zur
730 Verbesserung der Lage von MigrantInnen.

731

732 Geschlechtergleichstellung – Umsetzung von EU-Recht

733 Die EU hat in den letzten 20 Jahren viel dazu beigetragen, dass die Gleichstellung der Geschlechter Thema in
734 den Mitgliedsstaaten wurde. Impulse für Gleichstellungsschritte und gesetzliche Maßnahmen in den
735 Mitgliedsstaaten hatten fast immer ihren Ausgangspunkt in der EU, die in diesem Bereich Beispielhaftes
736 leistete. Es gibt viele Initiativen, Mitteilungen und Empfehlungen, letztlich aber viel zu wenig Druck zur
737 konsequenten Umsetzung. Eine der wichtigsten Forderungen der LINKEN muss daher sein, die Realisierung der
738 nachfolgenden Forderungen der EU in Sachsen endlich konsequent umzusetzen.

739 Eines der größten Probleme stellt in Sachsen nach wie vor die schlechte und ungerechtfertigte Entlohnung von
740 Frauen im Vergleich zu den Männern dar. Der Anstieg der Beschäftigungsquote von Frauen in Sachsen resultiert
741 vor allem daraus, dass der Anteil der prekären Arbeitsverhältnisse, besonders Minijobs, erheblich zugenommen
742 hat. So sind mehr als vier Fünftel der in Teilzeit Beschäftigten Frauen. Typische Frauenberufe, so im Handel,
743 Gaststättengewerbe oder Pflegebereich, in denen der Frauenanteil zwischen 80 und 90 Prozent beträgt, werden
744 wesentlich bescheidener entlohnt als Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe.

745 Von den 66.000 allein erziehenden Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sind fast 60 Prozent auf ergänzende
746 oder vollständige Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Altersarmut ist mehr und mehr vor allem weiblich. Schon
747 heute erhalten Frauen im Durchschnitt monatlich 200 Euro weniger Rente als Männer. Gerade für Sachsen gilt:
748 Je höher die Führungsebene in Wirtschaft und Gesellschaft, desto geringer der Frauenanteil.

749 Deshalb setzt sich DIE LINKE Sachsen dafür ein, dass folgende Anforderungen der EU in Sachsen unverzüglich
750 umgesetzt werden:

- 751 1. Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise durch
752 entsprechende Untersuchungen und die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der
753 Haushaltsplanung
- 754 2. alles zu tun, dass die Umsetzung des Rahmenabkommens der Sozialpartner zur Elternzeit gefördert wird
755 und zu gewährleisten, dass Männer dieses Angebot vermehrt wahrnehmen
- 756 3. sich verstärkt für die Umsetzung der geltenden europäischen Bestimmungen einzusetzen
757 (Gleichbezahlsrichtlinie), um das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern abzubauen. Wir
758 unterstützen die Initiative der Kommission zur Einführung eines Europäischen Tages der Lohngleichheit
759 (European Equal Pay Day (EPPD)) und die Forderung, in den nächsten 2 Jahren 10% des Lohngefälles
760 abzubauen.
- 761 4. wir setzen uns dafür ein, dass Tätigkeiten in Erziehung und Pflege finanziell mit anderen
762 Berufstätigkeiten gleich gestellt sein müssen und dass keine finanziellen Nachteile entstehen dürfen,
763 weil Männer und Frauen sich für soziale Tätigkeiten entscheiden.
- 764 5. wir fordern von der Staatsregierung Initiativen, um die Fähigkeiten von hochqualifizierten MigrantInnen
765 besser zu nutzen und Zugang zu Bildung und Weiterbildung, einschließlich Sprachkursen, zu gewähren,
766 um Dequalifizierung zu vermeiden und gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten sowie
767 die Integration von MigrantInnen zu fördern;
- 768 6. wir unterstützen den Kommissionsvorschlag und setzen uns für die Einführung von Quoten in Sachsen
769 ein, um die Vertretung von Frauen in Leitungsorganen von Unternehmen bis 2015 mindestens auf 30 %
770 und bis 2020 auf 40 % zu erhöhen
- 771 7. wir stehen für ein modernes Gleichstellungsgesetz für Sachsen, das der EU-Forderung nachkommt,
772 verbindliche Ziele zu bestimmen, die bewirken, dass in Unternehmen, in der öffentlichen Verwaltung
773 und in politischen Organen sowie zu den Landeswahlen Frauen und Männer zu gleichen Teilen in
774 (Führungs)positionen vertreten sind.
- 775 8. konkret abrechenbare Maßnahmen in Sachsen zur Realisierung der Ziele des EU –Jahres 2015 zur
776 Beendigung von Gewalt gegen Frauen
- 777 9. Schaffung von Informationsprogrammen, die sich auf die Belästigung am Arbeitsplatz und Mobbing
778 beziehen, sodass Frauen, die diese Erfahrungen gemacht haben, wirksam dagegen vorgehen können

- 779 10. den Gleichstellungsaspekt im Gesundheitswesen als wesentlichen Teil der Gesundheitspolitik in
780 Sachsen anzuerkennen und ihre Anstrengungen weiter zu verstärken, um eine duale Strategie mit
781 durchgängiger Berücksichtigung von geschlechts- und altersspezifischen Aspekten sowie speziellen
782 gleichstellungsbezogenen Maßnahmen in der Gesundheitspolitik umzusetzen
- 783 11. Änderungen in Schulhalten und Normen, um gegen Klischees, die mit typisch weiblichen und typisch
784 männlichen Rollen einhergehen, aufräumen zu können.
- 785 Die vorgenannten Punkte sind durchweg Punkte, die das EP beschlossen hat bzw. welche durch Richtlinien und
786 Empfehlungen der Kommission untersetzt sind.
787

788 Grenzüberschreitende Kooperation und Austausch an den Grenzen

789 Die grenzüberschreitende Kooperation mit benachbarten polnischen und tschechischen Regionen muss für den
790 Freistaat Sachsen schon auf Grund seiner geographischen Lage, die durch 454 km gemeinsamer Grenzen zu
791 Tschechien und 121 km gemeinsamer Grenzen zu Polen geprägt ist, zu einer Selbstverständlichkeit werden. In
792 den meisten sächsischen Grenzgemeinden hat sich diese Erkenntnis in den vergangenen Jahren auch schon
793 durchgesetzt.

794 Auch die Sächsische Staatsregierung hat sich diese einfache Erkenntnis teilweise erschlossen und in solchen
795 Bereichen, wie z. B. beim grenzüberschreitenden Hochwasserschutz Nützliches gemeinsam mit polnischen und
796 tschechischen PartnerInnen in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht. Zugleich jedoch wurde der
797 Staatsvertrag zum Elbe-Hochwasserschutz mit Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und weiteren
798 Bundesländern nicht mit unterschrieben.

799

800 Die grenzüberschreitende Kooperation und der Austausch an den Grenzen und über die Grenzen hinweg hat
801 aber über das rein Praktische zwischen geographischen Nachbarn hinaus eine grundsätzliche europapolitische
802 Bedeutung: die Zukunft der europäischen Union hängt nicht nur von der Perspektive der gemeinsamen Währung
803 ab, sondern wird im Wesentlichen dadurch entschieden, ob es gelingt, aus den bisher durch Staatsgrenzen
804 getrennten Grenzregionen Regionen des grenzüberschreitenden Zusammenhalts und Miteinander zu formen. An
805 bisher trennenden Staatsgrenzen müssen Regionen mit Scharnierfunktion entstehen. Dies wiederum hat zur
806 Voraussetzung, dass den EinwohnerInnen der Grenzregion durch konkrete praktische Maßnahmen ein
807 persönlich erfahrbarer Mehrwert aus dieser grenzüberschreitenden Gemeinsamkeit und den daraus
808 erwachsenden Miteinander vermittelt wird. Wenn allerdings jüngste soziologische Untersuchungen zu dem
809 Ergebnis kommen, dass die Mehrzahl der BewohnerInnen der Grenzgemeinden die Region jeweils jenseits der
810 Staatsgrenze als „Angstraum“ wahrnehmen, dann zeigt dies die Fülle der zukünftig zu lösenden Aufgaben und
811 das Ausmaß der bisherigen Defizite konservativ geprägter sächsischer Politik.
812

813 Richtige sächsische Prioritäten mit Strukturentscheidungen für die grenzüberschreitende Kooperation

814 Für die sächsische LINKE stellt daher der Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation mit polnischen und
815 tschechischen Nachbarregionen eine der wesentlichen europapolitischen Aufgaben dar. Die Euroregionen Neiße
816 – Nysa-Nisa, Elbe – Labe, Erzgebirge-Krušnohoří und Egrensis haben sich in den vergangenen Jahren als
817 Struktur zum grenzüberschreitenden Regional-, Projekt- und Konfliktmanagement bewährt. Sie stellen somit
818 eine Grundlage für die anzustrebenden Regionen grenzüberschreitender Zusammenarbeit dar. Deshalb sollten
819 die Euroregionen nicht, wie es die Staatsregierung in letzter Zeit getan hat, ins politische Abseits gestellt
820 werden, sondern vielmehr als Grundlage der EU zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
821 insbesondere des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) genutzt werden. DIE LINKE in
822 Sachsen empfiehlt ihren kommunalen Abgeordneten eine aktive Mitarbeit in den Gremien der Euroregionen.

823 Auch für die Mitarbeit im Ausschuss der Regionen (AdR) wird die sächsische LINKE VertreterInnen aus den
824 Reihen ihrer Landes- und KommunalpolitikerInnen in Vorschlag bringen.

825

826 Kooperation in der „Metropolregion Mitteldeutschland“

827 Da sich die Förderpolitik der kommenden Förderperiode stärker an der interregionalen Zusammenarbeit
828 ausrichten wird, muss neben den Euroregionen und dem Freistaat Sachsen auch die „Metropolregion
829 Mitteldeutschland“ als ein Ankerpunkt der europäischen Raumordnungs-, Regional- und Strukturpolitik stärker
830 in den politischen Fokus gerückt werden. Um dem Anpassungszwang der Kommunen und dem
831 Wettbewerbsdruck in der Wirtschaft durch die Globalisierung wirksam entgegenzutreten und die drohende
832 Marginalisierung und „Peripherisierung“ abgelegener Gebiete zu vermeiden, hat sich das Konzept der
833 landesplanerischen Ausweisung von Metropolregionen nach dem Konzept der Europäischen Metropolregionen
834 bewährt.

835

836 Nach nunmehr fast zwei Jahrzehnten des Bestehens des Städtenetzwerks „Metropolregion Sachsendreieck“
837 bzw. „Metropolregion Mitteldeutschland“ und bescheidenen Anfangserfolgen haben die
838 OberbürgermeisterInnen der beteiligten Kommunen einen neuen Anlauf für eine Vertiefung der Kooperation
839 genommen. Dabei geht es um die Einbeziehung der angrenzenden Landkreise aufgrund der Verschränkungen
840 hinsichtlich intensiverer Stadt-Umland-Beziehungen sowie um die Verschmelzung mit der „Wirtschaftsinitiative
841 für Mitteldeutschland“.

842

843 Mit der Schaffung und Entwicklung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) sowie des Mitteldeutschen
844 S-Bahn-Netzes (MDSB) wird das noch ausbaufähige Kerngebiet dieser Metropolregion erkennbar. Zugleich wird
845 deutlich, welches wechselseitige Entwicklungspotenzial in der Kooperation der Metropolregion liegt. Deshalb
846 stellt sich DIE LINKE diesem Konzept und unterstützt diese Entwicklung mit eigenen Vorstellungen in folgenden
847 Kernbereichen:

848

- 849 • Der Ausbau der verkehrlichen Vernetzung durch das MDSB sowie die bevorstehenden
850 Umstrukturierungen im MDV-Gebiet vertieft die verkehrliche Kooperation und schafft mehr
851 Lebensqualität für die BürgerInnen. Ein solches Verkehrskonzept muss auch den Radverkehr
852 einschließen.
- 853 • Der länderübergreifende Kulturwegweiser soll Grundlage für ein weiterreichendes kulturpolitisches
854 Konzept für die Metropolregion werden, in dem sowohl bildungspolitische als auch tourismuspolitische
855 Zielsetzungen im Zentrum stehen. Eine länderübergreifende Tourismuskonzeption ist für die
856 Metropolregion anzustreben.
- 857 • Bi- und trilaterale Staatsverträge zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sollen die
858 Landespolitiken in Bezug auf die Metropolregion weitgehend synchronisieren. Dies gilt insbesondere für
859 zwischen den drei Ländern abgestimmte Entwicklungen der Universitäten, Hochschulen und
860 Forschungseinrichtungen, für die Schulstandorte, für hochspezialisierte Standorte der
861 Landesverwaltung, für die Wirtschaftsförderung einschließlich der Akquirierung von Fachkräften, für die
862 Zusammenarbeit der Sparkassen, für den Hochwasserschutz, für die Rettungsdienste, für die
863 Krankenhausplanung und die haus- und fachärztliche Versorgung, für das Justizwesen einschließlich des
864 Justizvollzugs sowie für die Abfallentsorgung.

865

866 Von der Sprachlosigkeit zur Mehrsprachigkeit

867 Das schwerwiegendste Hindernis für die grenzüberschreitende Kooperation stellt die Sprachbarriere dar. Zwar
868 sind auf polnischer und tschechischer Seite durchaus noch Menschen mit Kenntnissen der deutschen Sprache
869 in erheblicher Anzahl vorhanden; auch wird die deutsche Sprache an den dortigen Schulen – von der
870 Grundschule bis zur Universität – in beachtenswertem Umfang unterrichtet und dennoch ist auch hier ein
871 Prestigeverlust des Deutschunterrichts zugunsten des Englischunterrichts festzustellen. Auf der sächsischen
872 Seite ist die Zahl der SchülerInnen, die Tschechisch bzw. Polnisch lernen zwar in den letzten Jahren leicht
873 gestiegen, bewegt sich aber dennoch nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. DIE LINKE in Sachsen wird

874 daher ihre in den Haushaltsberatungen des Sächsischen Landtages wiederholt eingebrachte Initiative “Lerne die
875 Sprache des Nachbarn” kontinuierlich fortsetzen und auch die Ausbildung einer ausreichend großen Anzahl von
876 gut qualifizierten Polnisch- und TschechischlehrerInnen anstreben. Die in Tschechien praktizierte
877 Sprachanimation - “Němčina nekouše” (dt. - Deutsch beißt nicht) sollte in Sachsen auf Tschechisch und
878 Polnisch angewandt werden. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen für den Einsatz von polnischen und
879 tschechischen MuttersprachlerInnen in der Sprachausbildung in Sachsen zu verbessern. Die in der
880 Vergangenheit erfolgten Einschnitte in das Studium der Slawistik insbesondere der Bohemistik und Polonistik in
881 Deutschland und auch konkret in Sachsen sind zu korrigieren.
882

883 Respekt vor den Strukturentscheidungen der polnischen und tschechischen Partner

884 Die grenzüberschreitende Kooperation in Sachsen ist endlich auf der Grundlage des Respekts des
885 Staatsaufbaus in der Republik Polen und der Tschechischen Republik zu organisieren. Hierzu hat der Freistaat
886 Sachsen nicht nur die Wojewodschaften in Polen, sondern auch endlich die Regionen (Kraje) in Tschechien als
887 die adäquate Ebene der grenzüberschreitenden Kooperation anzuerkennen. Auf dieser Grundlage sind dann in
888 Abhängigkeit von der konkreten Kompetenzverteilung die jeweils zu lösenden Fragen auch in asymmetrischen
889 Kooperationsbeziehungen mit den jeweils strukturell höher oder auch tiefer eingeordneten Strukturebenen in
890 Polen und Tschechien möglich.
891

892 Dies ist umso dringender geboten, da die sächsische Staatsregierung in der Vergangenheit gerade dieser
893 Respekt vor den Strukturentscheidungen der Nachbarländer bei der grenzüberschreitenden Kooperation hat
894 vermissen lassen, was auch beispielhaft bei der Einrichtung und Inbetriebsetzung der sächsischen
895 Verbindungsbüros in Prag und Wrocław deutlich wurde.
896

897 Für einzelne beispielartig ausgewählte Politikfelder lässt sich der unmittelbare Handlungsbedarf wie folgt
898 beschreiben:

899 Arbeitsmarktpolitische Kooperation

900 Verstärkung der Anstrengungen für einen wirklichen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt mit dem Ausbau der
901 dafür notwendigen Vermittlungskapazitäten sowie fachsprachlich und sonstigen erforderlichen Qualifizierungen
902 der Arbeitssuchenden. Verhinderung von Lohndumping durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes
903 in der Bundesrepublik Deutschland.

904 Die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen in Polen und Tschechien haben gezeigt, dass dies nicht nur
905 wirtschaftlich verkraftbar, sondern sogar mit wirtschaftlich positiven Aspekten verbunden war. Bereits jetzt
906 wirken die gesetzlichen Mindestlöhne in Polen und Tschechien – wenn auch auf niedrigem Niveau -
907 lohnstabilisierend auch in den sächsischen Grenzregionen. Die erfolgreiche Gestaltung eines
908 grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes setzt einen partnerschaftlichen strategischen
909 Ansatz voraus. Die Hatz nach kurzfristigen Vorteilseffekten für eine Seite auf der Grundlage eines “brain drain”
910 einer phantasielosen bloßen Abwerbung hochqualifizierter Fachkräfte aus den Nachbarregionen stellt keine
911 tragfähige Perspektive für die Grenzregionen dar.
912

913 Mit Blick auf die derzeit in Sachsen absehbaren negativen demographischen Tendenzen, die auch die
914 polnischen und tschechischen Nachbarregionen betreffen werden – ist schon jetzt die Grundlage für eine
915 abgestimmte Berufsausbildung der zukünftigen Fachkräfte zu legen. Ein Schwerpunkt sollte hierbei in der
916 Schaffung der Möglichkeit von berufsspezifischen Praktika auf der jeweils anderen Seite der Grenze liegen. An
917 das Stipendienprogramm des deutsch-tschechischen Zukunftsfond anknüpfend fordert DIE LINKE, dass sich der
918 Freistaat Sachsen mit den benachbarten polnischen Wojewodschaften und tschechischen Regionen zur Auflage

919 eines ähnlichen Stipendienprogrammes nicht nur für Studenten, sondern auch für Lehrlinge aus den
920 Grenzregionen verabredet.

921 Gesundheitspolitische Kooperation

922 Im Freistaat Sachsen und in den benachbarten polnischen und tschechischen Regionen war das
923 Gesundheitswesen in den vergangenen 23 Jahren massiven Privatisierungsbestrebungen ausgesetzt.
924 Die Abwehr dieses Privatisierungsdruckes war in den einzelnen Regionen höchst unterschiedlich. Insbesondere
925 in den tschechischen Nachbarregionen (Kraje) ist es im erheblichen Umfang gelungen, Strukturen eines
926 öffentlichen Gesundheitswesens zu erhalten; so befindet sich eine beachtliche Zahl von Krankenhäusern in
927 Trägerschaft der Regionen (Kraje).
928 Des Weiteren gilt es, die medizinisch-fachlichen Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im
929 Gesundheitswesen zu erschließen. Neben der dringend notwendigen Ingangsetzung einer
930 grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungswesen – das hierzu zwischen der Bundesrepublik
931 Deutschland und der Tschechischen Republik geschlossene Rahmenabkommen ist durch den Freistaat Sachsen
932 gemeinsam mit den VertreterInnen der tschechischen Nachbarregionen zügig umzusetzen – können z. B.
933 erhebliche Synergieeffekte durch eine Zusammenarbeit im Bereich der medizinischen Kuren zwischen
934 sächsischen und nordböhmischen Heilbäderstandorten erzielt werden. Aber auch im Bereich der Ausbildung
935 des medizinischen Fachpersonals ergänzen sich die Strukturen des Freistaates Sachsen mit denen der
936 tschechischen Nachbarregionen: während an der TU Dresden ein durchaus beachtenswertes medizinisches
937 Hochschulstudium angeboten wird, liegt die Stärke z. B. der Universität Usti nad Labem in der Ausbildung
938 nichtärztlichen medizinischen Personals.
939

940 Wohnungspolitische Kooperation

941 In den Gemeinden entlang der Staatsgrenze ist die wohnungspolitische Situation oft von einem
942 Wohnungsleerstand in der sächsischen Kommune und von einem Wohnungsmangel in den polnischen bzw.
943 tschechischen Nachbarkommunen geprägt. Hier sind Projekte zu unterstützen bzw. ist eine Verwaltungspraxis
944 in den betroffenen sächsischen Grenzkommunen zu realisieren, die es Wohnungssuchenden aus den
945 tschechischen bzw. polnischen Nachbargemeinden ermöglichen, diese leerstehenden Wohnungen auf
946 sächsischer Seite zu mieten, in dem eine wirklich zielgruppenorientierte professionelle Öffentlichkeitsarbeit zu
947 diesem Thema in tschechischen und polnischen Medien erfolgt, ein ausreichender grenzüberschreitender ÖPNV
948 organisiert wird und schließlich bei der Vermietung nicht auf eine Lohnbestätigung eines Arbeitgebers in
949 Sachsen bestanden wird, sondern die Lohnbestätigung des tschechischen bzw. polnischen Arbeitgebers durch
950 alle in Frage kommenden sächsischen Wohnungsunternehmen akzeptiert wird.
951

952 Jugendpolitische Kooperation

953 Im Bereich des deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Jugendaustausches nimmt Sachsen nicht – wie
954 man aufgrund seiner geographischen Lage erwarten könnte – einen ersten Platz ein – sondern liegt teilweise
955 erheblich hinter westdeutschen Flächenländern zurück. Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE in Sachsen,
956 dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es sächsischen Projektträgern ermöglicht, stärker als bisher
957 an den Möglichkeiten des deutsch-polnischen Jugendwerkes teilzuhaben. Als zentrale Forderung hierbei muss
958 jedoch gelten, dass endlich auch ein deutsch-tschechisches Jugendwerk geschaffen wird. Allein die Tätigkeit
959 des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds und des Koordinierungszentrums deutsch-tschechischer
960 Jugendaustausch “Tandem” können das Fehlen eines solchen deutsch-tschechischen Jugendwerkes nicht
961 ausgleichen.
962

963 Kulturelle Zusammenarbeit

964 Die Vermittlung polnischer, deutscher und tschechischer Kultur jeweils über die Staatsgrenzen hinweg ist eine
965 der wesentlichen Voraussetzungen zum Abbau von Vorurteilen, Stereotypen und Ängsten. Permanenter
966 kultureller Austausch ist somit einer der Grundlagen zur Gestaltung der Grenzregionen als Regionen
967 grenzüberschreitenden Zusammenhalts und Miteinanders. Besonderes Potential liegt hierbei auch in den
968 Minderheitenkulturen der Regionen, wie z. B. der Kultur der Roma in den nordböhmisches Grenzregionen der
969 Sorben in der Lausitz und der Lemken in der Wojewodschaft Dolny Śląsk. DIE LINKE. Sachsen setzt sich dafür
970 ein, dass dieser Kulturaustausch nicht nur regional beschränkt bleibt, sondern das Augenmerk auf kleine
971 Landgemeinden in der Grenzregion und verstärkt auf gemeinsamen kulturellen Projekten liegt. Die seinerzeitige
972 gemeinsame Bewerbung von Görlitz und Zgorzelec als Kulturhauptstadt Europas und die gegenwärtig
973 gemeinsam mit tschechischen PartnerInnen betriebene Anmeldung der Montanregion Erzgebirge zum UNESCO-
974 Welterbe hatten bzw. haben nicht nur fördernd auf das grenzüberschreitende Miteinander gewirkt, sondern
975 wegen ihres grenzüberschreitenden Charakters auch eine höhere Aufmerksamkeit erzielt und ihre
976 Erfolgsaussichten doch vergleichsweise steigern können.

977

978 **Sicherheitspolitische Kooperation – grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung**

979

980 Zu den aktuell gravierenden Problemen der Grenzregionen im Freistaat Sachsen gehört die in einigen
981 Deliktbereichen erhöhte Kriminalität. Einer erfolgreiche Bekämpfung dieser Kriminalitätsprobleme setzt
982 zunächst eine Analyse der Gründe für deren Entstehen voraus - die Bundesregierung und die Sächsische
983 Staatsregierung glaubten im Zusammenhang mit dem Wegfall des trennenden Charakters der Grenzen zu Polen
984 und Tschechien als EU-Außengrenzen problemlos eine erhebliche Personalreduzierung von Bundes- und
985 Landespolizei in den Grenzregionen vornehmen zu können. Wie zuletzt sah man auch hier die Möglichkeit eines
986 finanziellen Einsparpotenzials. Das soziale Gefälle zwischen dem deutschen Teil der Grenzregion einerseits und
987 dem polnischen bzw. tschechischen Teil andererseits hat sich in den vergangenen Jahren zwar reduziert, ist
988 aber dennoch auch gegenwärtig im erheblichen Umfang vorhanden. Allerdings stellen von den besonders
989 relevanten Deliktbereichen nur die Diebstähle aus Kleingartenanlagen einen Bereich der sogenannten
990 "Armutskriminalität" dar. Für alle anderen Deliktbereiche bedarf es eines erheblichen logistischen und
991 strukturellen Aufwands, der nur durch Strukturen der organisierten Kriminalität geleistet werden kann. Dennoch
992 ist das Sozialgefälle von Bedeutung, wenn es um die Möglichkeiten der Rekrutierung von tatbereiten Personen
993 insbesondere für die besonders gefährlichen Bereiche der unmittelbaren Tatbegehung geht. Die für die
994 gegenwärtige Grenzriminalität wesentlichen Deliktbereiche - Diebstahl von Kfz und landwirtschaftlichen
995 sowie sonstigen Nutzfahrzeugen sowie teilweise Baumaschinen, Drogendelikten sowie in Zukunft mit hoher
996 Wahrscheinlichkeit Wucher- und Betrugsdelikte auch im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden
997 Arbeitsverhältnissen - sind klassische Bereiche der organisierten Kriminalität.

998

999 Die eben genannten Deliktgruppen werden als grenzüberschreitende Kriminalität begangen, d. h. die
1000 TäterInnengruppen sind in der Mehrzahl der Fälle "transnational" und somit grenzüberschreitend, die TäterInnen
1001 überschreiten zur konkreten Tatbegehung die Grenzen und die Tatgegenstände werden ebenfalls über die
1002 Grenze gebracht.

1003

1004 Aus dieser kurzen Analyse ergeben sich folgende Forderungen zur Kriminalitätsbekämpfung:

1005

1006 Das soziale Gefälle dies- und jenseits der Grenze muss perspektivisch beseitigt werden. In den Grenzregionen
1007 müssen soziale Ausgrenzung und soziale Notsituationen durch eine progressive Sozial-, Arbeitsmarkt- und
1008 Wirtschaftspolitik bekämpft werden. Auf sächsischer Seite ist der Abzug der Bundespolizei nicht weiter
1009 fortzusetzen. Unbedingt zu stoppen ist die sogenannte "sächsische Polizeireform" und der damit verbundene

1010 Personalabbau. In Schwerpunktbereichen ist die Präsenz von Bundes- und Landespolizei vor Ort zu erhöhen. Die
1011 Aktivitäten zu Informationen der Bevölkerung um ein höheres Maß an Kriminalitätsvorbeugung im Vorfeld zu
1012 erreichen, ist zu erhöhen. Das Gewaltmonopol des Staates in den Grenzregionen ist sicherzustellen. Ein
1013 weiteres Element für die erfolgreiche Bekämpfung der Grenzkriminalität besteht in der Zusammenarbeit
1014 zwischen der Polizei in Sachsen sowie den Polizeibehörden in Polen und Tschechien. Grenzüberschreitende
1015 Kriminalität kann nur dann effektiv zurückgedrängt werden, wenn auch die Kriminalitätsbekämpfung
1016 grenzüberschreitend erfolgt. Hierzu ist es nötig, dass in den entsprechenden Strukturen der Polizeidienststellen
1017 dies- und jenseits der Grenze ausreichend Personal vorhanden ist, das die jeweilige Nachbarsprache
1018 beherrscht, über ausreichende Kenntnisse des Polizei- und Strafrechts des Nachbarlandes verfügt sowie die
1019 Kommunikations- und Organisationsstruktur der Nachbarpolizei kennt. Dies ist sowohl durch Qualifikation des
1020 eigenen Personalbestandes wie auch durch gezielten längerfristigen Personalaustausch mit den
1021 Nachbarpolizeien zu erreichen. Der Erwerb entsprechender interkultureller Kompetenzen zu
1022 grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung ist innerhalb der Sächsischen Polizei entsprechend zu
1023 vergüten sowie wie bei der Beförderung zu berücksichtigen. Ziel all dieser Maßnahmen muss es sein, die sich
1024 bisher aus der Grenzlage ergebende "polizeiliche Verfolgungsverzögerung" aufzuheben. Eine wirklich
1025 grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung setzt allerdings auch vergleichbare Maßnahmen im Bereich der
1026 Justiz, d. h. bei den Staatsanwaltschaften und den Gerichten voraus. Auch hier sollte es Gegenstand einer
1027 zielgerichteten Personalpolitik sein, JuristInnen mit solider Kenntnis der polnischen bzw. tschechischen Sprache
1028 sowie des dortigen Rechts und der Struktur und Arbeitsweise der dortigen Justiz für die Tätigkeit in den
1029 Staatsanwaltschaften und Gerichten in Sachsen zu gewinnen.

1030

1031 Europawahlkampf – Anforderungen an die Partei DIE LINKE in Sachsen

1032 Die Bilanz bisherigen Wirkens der Partei zeigt neben Erfolgen und Innovationen linker Politik insgesamt noch
1033 Schwächen auf den unterschiedlichen Ebenen und in den verschiedenen Bereichen. Aufgebaute Kontakte und
1034 partnerschaftliche Beziehungen müssen weiter verstetigt werden. Die Koordinierung und Profilierung einzelner
1035 Einrichtungen (Büros der MdEP, der MdB und MdL vor allem des Grenzraumes), von Zusammenschlüssen der
1036 Partei, die europapolitisch aufgestellt sind, und von europapolitisch links angesiedelten Nichtregierungs- und
1037 Nichtparteiorganisationen ist zu verstärken. Die Einrichtung eines gemeinsamen, institutionalisierten und
1038 themenbezogen beratenden Gremiums linker Parlamentarier der drei Nachbarländer ist zu prüfen und ggf.
1039 umzusetzen.

1040 Neue Vermittlungstechnologien müssen auch der Europapolitik gewidmet sein, deren Vernetzung mit anderen
1041 europaweiten medialen Netzwerken angestrebt werden.

1042 Die traditionellen Formen wie z.B. die Europafeste im Vogtland (Bad Elster) und in der Oberlausitz (Bautzen)
1043 bilden einen guten Ausgangspunkt für die Präsentation unserer europapolitischen Positionen auf Straßen und
1044 Plätzen.

1045 Grenzlandtourneen beiderseits der Grenzen mit linken PolitikerInnen sowie gemeinsame Beratungen zu
1046 politischen Problemen mit linken PolitikerInnen Polens und Tschechiens sollen insbesondere in Vorbereitung
1047 und Gestaltung des Europawahlkampfes verstärkt zur Erarbeitung und Präsentation gemeinsamer Positionen
1048 genutzt werden.

1049

1050 Das Kooperationsabkommen von linken Fraktionen der beiden Länderparlamente Sachsens und Brandenburgs
1051 und der Regionalparlamente Polens und Tschechiens vom Jahre 2004 hat sich als effektive Form der
1052 Zusammenarbeit der Abgeordneten erwiesen. Es ist bundesweit beispielhaft und hat in seinem Gefolge auch zur
1053 engeren Partnerschaft von Parteistrukturen beigetragen. Diese Kooperationsbeziehungen sollen weiter vertieft
1054 werden.

1055

- 1056 Zugleich sollten wir uns als LINKE Sachsen in öffentliche Veranstaltungsformen und in die öffentliche
1057 Auseinandersetzung um europapolitische Themen stärker einbringen. Dazu gehört die Beteiligung an
1058 „Interkulturellen Wochen“ und „Europawochen“ in Sachsen.
1059
1060 DIE LINKE. Sachsen wird in Zusammenarbeit mit parteinahen Bildungsträgern (Rosa-Luxemburg-Stiftung,
1061 Vereine wie Europaklub International e.V.) langfristig ihre Bildungsarbeit auch europapolitisch ausrichten.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: **X**

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

f.d.R.

Leipzig, den 16. November 2013

Tagungsleitung: _____

Antrags- und Redaktionskommission: _____

1062 **Anlage 1 zu den Europapolitischen Leitlinien der LINKEN Sachsen**

1063

1064 *Arbeitsaufträge für die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag unter anderem Einflussnahme auf europäische*
1065 *Entscheidungen, Subsidiaritätskontrolle und Umsetzung europäischer Initiativen zur Sicherung von*
1066 *BürgerInnenrechten und sozialer Gerechtigkeit in Sachsen*

1067

1068 **Ausgangsüberlegungen - Europa-Bild einer linken integrativen Alternative**

1069 Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag können mittel- und langfristig nur
1070 dann linke Politikziele auf europäischer Ebene im Sinne eines radikalen Umbaus umsetzen, wie auch umgekehrt
1071 die regionale Beförderung europäischer Initiativen zur Sicherung von Bürgerrechten und eines sozialen Europas
1072 in Sachsen nur gelingen kann, wenn sie von einem glaubhaften, konsistenten und zukunftsfähigen Bild von
1073 Europa und der Europäischen Union ausgehen.

1074 Der hinter diesem Europa-Bild stehende gesellschaftspolitische Ansatz sollte dabei die realen Bedingungen der
1075 EU nach Lissabon erfassen, wie auch eine in die Zukunft reichende europäische Vision beinhalten. Es bedarf
1076 daher einer Klärung der Frage, ob die EU als ein im Grunde gescheitertes Projekt in gewissermaßen
1077 permanenter Krise gesehen werden soll, oder aber ob die EU – bei allen bestehenden und zum Teil gravierenden
1078 Problemen – ein historischer Versuch sein kann, die Diversität von Mitgliedstaaten und Regionen in einem auf
1079 Grundwerten von Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sowie Rechtsstaatlichkeit
1080 basierenden Rahmen zu integrieren. Wichtig ist dabei auch in der Perspektive regionaler Parlamente, Europa als
1081 über die EU hinausgehend zu verstehen (EFTA, Europarat, OSZE ...) und im Weiteren europapolitische
1082 Konsequenzen mit Blick auf die Vereinten Nationen, WHO, IWF ... oder auch die Nato in ihren globalen
1083 Verflechtungen im Auge zu behalten.

1084 Im Folgenden wird allerdings der Fokus auf die EU gelegt und davon ausgegangen, dass die Verhältnisse in der
1085 gegenwärtigen EU grundlegende Ansätze für einen solchen historischen Versuch gesellschaftlicher Entwicklung
1086 in Europa enthält, der Wohlstand, Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg gewährleisten kann, WENN er mit der
1087 Vision und dem Programm eines radikalen Umbaus zu einem „Europa der Mitgliedstaaten und Regionen“ als
1088 eine pluralistische, weltoffene Vereinigung von Mitgliedstaaten und regionalen wie lokalen AkteurInnen
1089 verbunden wird, die ohne Dominanz oder gar Vorherrschaft von einzelnen Teilen in einem kooperativen
1090 politischen Mehr-Ebenen-Mechanismus von Parlamenten, Regierungen und Zivilgesellschaften mit starken
1091 Elementen direkter Bürgerbeteiligung grundlegende Daseinsvorsorge langfristig sichert und zu einer wirklichen
1092 europäischen Integration im Sinne einer europäischen Sozial-, Wirtschafts-, Finanz- und Währungsunion führt.

1093 Beim Anknüpfen an Bestehendes in der EU geht es nicht um eine bloße Bestätigung ‚positiver Elemente‘,
1094 sondern um eine integrative Alternative: **Integrativ**, weil verschiedene Ansätze im bestehenden EU-Modell auch
1095 aus Sicht der LINKEN akzeptabel erscheinen, wie zum Beispiel die jüngsten Bemühungen um eine Stärkung der
1096 sozialen Dimension in der EU, gegen Jugendarbeitslosigkeit und sozialen Ausschluss; **alternativ**, weil aus linker
1097 Sicht ein radikaler progressiver Umbau im Sinne von Abschaffung und Neubau z.B. im Bereich des Wirtschafts-
1098 und Bankensektors gegen neoliberale Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung notwendig sind.
1099 Stattdessen müssen Menschen- und BürgerInnenrechte sowie soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt gestellt
1100 werden.

1101 Im Folgenden wird von diesem **Europa-Bild einer linken integrativen Alternative** ausgegangen. Die Option
1102 der integrativen Alternative verspricht nicht nur eine Chance für die Lösung der bestehenden Probleme und
1103 Bewahrung von Bestehendem ohne Rückfall in eine Abschottung der Mitgliedstaaten mit ihren rechtsextremen
1104 Auswüchsen, sondern bietet auch die Vision für die Lösung der derzeitigen EU- und globalen Krise, eine Vision,
1105 die nicht von einer bloßen Verbreiterung der Standards im Westen (gewissermaßen einer ‚McDonaldisierung‘
1106 der Welt) ausgeht, sondern wesentlich an den grundlegenden Bedürfnissen der Bevölkerung in ihrer regionalen
1107 und lokalen Identität anknüpft und erkennbar auf diese zurückführt.

1108 Regionalen und lokalen AkteurInnen kommt eine Schlüsselstellung in diesem Europa-Konzept zu, da die
1109 konkreten für die Lebenssituation des Einzelnen maßgeblichen empirischen Lebensbedingungen in ihrem
1110 lokalen und regionalen Bezug wahrgenommen und gestaltet werden. Linke müssen daher an der Wirklichkeit
1111 individueller Lebensverhältnisse anknüpfen und hier kommt eben dem Regionalen als der gelebten und erlebten

1112 Lebenswirklichkeit der Einzelnen eine Schlüsselstellung bei der Vermittlung von individuellen Interessen und
1113 Bedürfnissen mit übergreifenden Erfordernissen der regionalen, nationalen und europäischen, letztlich globalen
1114 Zusammenhänge zu.

1115

1116 **Sachsen als Region in Europa und die zukünftige europapolitische Rolle der Fraktion DIE LINKE im** 1117 **Sächsischen Landtag**

1118 Die besondere Rolle der Regionen und damit von Sachsen als Region ergibt sich in der hier eingenommenen
1119 Sichtweise aus der Funktion von Regionen als Bindeglied zwischen den individuellen Lebenswelten der
1120 Menschen in ihren lokalen Gegebenheiten auf der einen und deren Vermittlung auf der nationalen und EU-Ebene
1121 wie auch zu anderen Regionen im politischen und sozialen Dialog und im Rahmen des europäischen
1122 Mehrebenen-Gesetzgebungsprozesses auf der anderen Seite.

1123 Insofern kommt den regionalen und lokalen AkteurInnen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung direkter EU-
1124 Demokratie zu. Sie müssen effektive Möglichkeiten wahrnehmen, an Entscheidungen von denen sie betroffen
1125 sind, direkt oder indirekt teilzunehmen (durch Wahlen, politischen Dialog, Gesetzgebung, Kontrolle). Die
1126 regionalen AkteurInnen müssen solche Forderungen an die Bundes- und europäische Politik stellen und sich an
1127 ihrer Realisierung beteiligen, die den wirklichen Lebensbedürfnissen in der Region entsprechen. Dieser
1128 Perspektive muss die parlamentarische Arbeit der LINKEN in Sachsen folgen und auf den Politikfeldern der
1129 geteilten und unterstützenden Zuständigkeiten (insbesondere zur Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik, der
1130 Kohäsionspolitik, Metropolenregion, Energiepolitik oder im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht) konkrete
1131 politische Projekte in ihrer regionalen Bedeutung für Sachsen priorisieren, die entlang der Vorstellung vom
1132 Europa der integrativen Alternative bedeutsam sind (zur Konkretisierung siehe unten).

1133 Das zu Recht beklagte Demokratiedefizit der EU, das darin besteht, dass die Einzelnen in ihrer lokal-regionalen
1134 Befindlichkeit von Entscheidungen auf der EU-Ebene (z.T. bestimmt durch andere Mitgliedstaaten) und der
1135 Regierungen der eigenen Mitgliedstaaten betroffen sind, an deren Zustandekommen sie nicht beteiligt waren
1136 bzw. die sie nicht kontrollieren können, muss dadurch ‚aufgehoben‘ werden, dass diese AkteurInnen unmittelbar
1137 auf Entscheidungen in der eigenen Region, auf der Ebene der Mitgliedstaaten sowie der EU Einfluss nehmen.
1138 Parlamentarische Initiativen sind hier ein wesentliches demokratisches Medium der Vermittlung regionaler
1139 Interessen.

1140 In dieser Perspektive muss das integrativ-alternative Konzept des „Europa der Mitgliedstaaten und Regionen“
1141 wegen seines grundsätzlich basisdemokratischen Potenzials durch DIE LINKE ausdrücklich vertreten und
1142 zukünftig offensiver genutzt werden. Dabei ergibt sich das Anknüpfen an einen lebensweltlichen Begriff der
1143 Region der BürgerInnen aus seinem basisdemokratischen Charakter, der ihn deshalb für die Durchsetzung linker
1144 Politikziele besonders geeignet erscheinen lässt; gleichzeitig werden andere Regionen-Begriffe
1145 (Metropolenregion, Euroregion, Grenzregion ...) notwendigerweise mit diesem bürgernah-lebensweltlichen
1146 Regionensbegriff verbunden.

1147 Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis und so der Sächsische Landtag sind seit Inkrafttreten des
1148 Lissabonvertrages im Dezember 2009 in den politischen Dialog und die Gesetzgebung im Mehr-Ebenen-
1149 Parlamentarismus der EU eingebunden.

1150 Die Möglichkeiten, die sich für parlamentarische Initiativen im Sinne aktiver linker Politikgestaltung ergeben,
1151 werden erst ansatzweise und bislang nur mit geringem oder gar fehlendem Effekt genutzt, sollten jedoch in weit
1152 stärkerem Maße insbesondere unter dem Aspekt effektiver parlamentarischer Arbeit wahrgenommen werden.
1153 Parlamentarische Initiativen sollten stärker dazu genutzt werden, die Demokratisierung von EU-Entscheidungen
1154 und Durchsetzung konkreter BürgerInneninteressen öffentlich sichtbar zu befördern. Dazu bietet sich eine
1155 Vielzahl von Möglichkeiten.

1156

1157 **Parlamentarische Initiativen zur Durchsetzung LINKER Interessen – formelle und informelle** 1158 **Mechanismen**

1159 Vor dem Hintergrund der Leitidee der europäischen integrativen Alternative kann (im Sinne des Anknüpfens an
1160 bestehende Strukturen der EU) das Modell der EU-Governance und seiner Praxis in den Politikfeldern der

1161 ausschließlichen Zuständigkeiten der EU, der zwischen EU und Mitgliedstaaten geteilten Zuständigkeiten sowie
1162 der unterstützenden Zuständigkeiten der EU benutzt werden, um Orientierungen für linke parlamentarische
1163 Initiativen im Sächsischen Landtag abzuleiten – allerdings nicht gleichermaßen, da nur im Bereich der geteilten
1164 Zuständigkeiten das Subsidiaritätsprinzip gilt und folglich die Mechanismen der Beteiligung von Parlamenten
1165 unterhalb der EU-Ebene greifen. Wenngleich auch die Politikfelder im Bereich der ausschließlichen
1166 Zuständigkeiten der EU regionale Auswirkungen haben können und deshalb nicht etwa ausgeblendet werden
1167 sollten (wie auch die Möglichkeiten regionaler parlamentarischer Initiativen im Bereich der sog. unterstützenden
1168 oder parallelen Zuständigkeiten besonders zu untersuchen sind), so sind es die Politikfelder der geteilten
1169 Zuständigkeit, die ein Möglichkeitsfeld für regionale parlamentarische Initiativen aufmachen.

1170 Im Bereich der sog. geteilten oder konkurrierenden Zuständigkeiten gelten die Regelungen des
1171 Subsidiaritätsprinzips und des Frühwarnsystems in folgenden wesentlichen Politikfeldern (nicht vollständig)
1172 Binnenmarkt, Wirtschaft und Agrarwirtschaft, Soziales, Verkehr, transeuropäische Netze, Energie,
1173 wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Umwelt, Verbraucherschutz, Raum der Freiheit, der
1174 Sicherheit und des Rechts, gemeinsame Sicherheitsanliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

1175 Es kann allerdings nicht Anliegen des Antrages sein, alle diese Politikbereiche für Sachsen hinsichtlich
1176 bestehender Problemfelder und Regelungsbedürftigkeiten im Einzelnen unter linken Politikziele zu subsumieren,
1177 zu bewerten und dann jeweils entsprechende parlamentarische Initiativen entlang der europapolitischen
1178 Leitidee der integrativen Alternative des „Bewahrens“, „Negierens“ und „Neuschaffung“ zu entwerfen. Im
1179 Übrigen wäre es derzeit auch noch zu früh zu entscheiden, ob und wie dieser ganzheitliche Ansatz mit seiner
1180 hohen Komplexität vor dem Hintergrund der Prioritäten der parlamentarischen Arbeit und der zur Verfügung
1181 stehenden Ressourcen umzusetzen ist – dazu bedarf es der weiteren Debatte.

1182 Im Folgenden sollen deshalb das von LINKEN ParlamentarierInnen in Sachsen insbesondere im Sächsischen
1183 Landtag anzustrebende Herangehen an die effektive Nutzung der vorhandenen Mechanismen bei der
1184 Beteiligung an EU-Entscheidungen und deren Umsetzung auf regionaler Ebene in Sachsen aufgezeigt und mit
1185 konkreten Beispielen belegt werden.

1186

1187 **Nutzung der Mechanismen zur Umsetzung regionaler parlamentarischer Initiativen**

1188 Bisher standen bei dem Versuch der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, die europäische
1189 Gesetzgebung zu beeinflussen, das Einbringen von Subsidiaritätsbedenken oder Subsidiaritätsrügen im Rahmen
1190 der Subsidiaritätskontrolle im Vordergrund. Dies erklärt sich aus der Einführung der Regelungen zur Beteiligung
1191 nationaler Parlamente und – im Rahmen von Konsultationen – auch von Regionalparlamenten mit
1192 Gesetzgebungsbefugnis an der Subsidiaritätskontrolle durch den Lissabonvertrag. Inzwischen ist weitgehend
1193 klar, dass – bei aller Bedeutung, die auch die Beteiligung von Regionalparlamenten an der
1194 Subsidiaritätskontrolle hat –, derartige Initiativen nur einen Teil und nicht einmal den wesentlichen Teil
1195 möglicher Aktivitäten zur Beteiligung an EU-Entscheidungen ausmachen. Die ParlamentarierInnen der LINKEN in
1196 Sachsen müssen deshalb zukünftig einen ganzheitlichen Ansatz bei der Einflussnahme auf die europäische
1197 Gesetzgebung verfolgen und die Subsidiaritätskontrolle darin einbinden.

1198 Hierzu sind **Initiativen in allen Phasen des EU-Gesetzgebungsprozesses** anzustreben, wenn es aus linker
1199 Perspektive regionale sächsische Interessen gibt, die durchgesetzt oder geschützt werden sollten. Die an den
1200 wesentlichen LINKEN Politikzielen für eine europäische integrative Alternative ausgerichteten Initiativen zur
1201 regionalen Beteiligung am EU-Rechtssetzungs- und –Rechtsanwendungsverfahren müssen sich auf
1202 Einflussnahme und Mitwirkung in verschiedenen Phasen des Gesetzgebungsprozesses bis zur Einschätzung der
1203 Wirksamkeit der Rechtsanwendung richten. Die bestehenden formellen und informellen Mechanismen der
1204 Beteiligung durch parlamentarische Initiativen sind dabei möglichst effektiv zu nutzen:

1205 (1) Durch punktuelle **Rechtssetzungsiniciativen** sollten Regelungsbedürfnissen (aus regionaler
1206 sächsischer Sicht) aufgezeigt und Gesetzgebungsiniciativen z.B. unter Nutzung des Instruments der
1207 Bürgerinitiative ausgelöst werden. Grundsätzlich kann hier von der Annahme ausgegangen werden, dass
1208 im Bereich des Schutzes von Bürgerrechten und zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit ein substantieller
1209 Bedarf an EU-Regelungen besteht.

- 1210
- 1211
- 1212
- 1213
- 1214
- 1215
- 1216
- 1217
- 1218
- 1219
- 1220
- 1221
- 1222
- 1223
- 1224
- 1225
- 1226
- 1227
- 1228
- 1229
- 1230
- 1231
- 1232
- 1233
- 1234
- 1235
- 1236
- 1237
- 1238
- 1239
- 1240
- 1241
- 1242
- 1243
- 1244
- 1245
- 1246
- 1247
- 1248
- 1249
- 1250
- 1251
- Hierbei soll nicht von der Annahme ausgegangen werden, dass das Mittel der Bürgerinitiative etwa grundsätzlich die EU-Gesetzgebung ‚steuern‘ könnte, dazu ist die Bürgerinitiative ein viel zu weiches Instrument. Allerdings bietet die Bürgerinitiativen die Möglichkeit, die politische Tagesordnung mit öffentlicher Sichtbarkeit zu besetzen und Themen hervorzuheben und in den politischen Diskurs der EU einzubringen.
 - Es wird beklagt, dass die EU in Umsetzung des Vertragswerkes von Lissabon trotz ausdrücklicher Formulierung einer sozialen Dimension der EU in der bisherigen Rechtssetzungspraxis wesentlich mit z.T. neoliberalen Entwicklungen des Binnenmarktes nicht aber mit der Stärkung sozialer Gerechtigkeit und Ausgewogenheit beschäftigt war. Eine LINKE Initiative könnte darin bestehen Möglichkeiten für Bürgerinitiativen in diesem Bereich auszuloten und entsprechende Initiativen einzuleiten.
 - In der Mitteilung der Kommission zur „Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“ wird derzeit durch einem Antrag der Fraktion DIE LINKE aufgegriffen, um (a) auf der europäischen Ebene im Sinne von „100% sozial“ für ein soziales Europa wirksam zu werden, (b) die Staatsregierung zur Initiative auf Bundesebene zu drängen und (c) auf Landesebene darauf hinzuwirken, die lückenlose praktische Durchsetzung der mit der Mitteilung angestrebten Ziele auch in Sachsen zu fordern und zu kontrollieren. (siehe Anhang)
- (2) Die Möglichkeiten von **Konsultationen und Einschätzung der Folgewirkung** in der vor-legislativen Phase sind zur Durchsetzung linker Politikziele zu nutzen.
- Bislang werden Möglichkeiten der Beteiligung an Konsultationen zu EU-Initiativen kaum genutzt. Im Rahmen der Konsultationen zur europäischen Binnenmarkt-Woche wurden z.B. Positionen in die Debatte eingebracht.
 - Im Rahmen der regionalen Folgenabschätzung neuer EU-Gesetzgebungsvorschläge ist die Beteiligung fachkompetenter regionaler Akteure anzustreben, deren ad hoc Zusammenwirken durch die FachpolitikerInnen der Linksfraktion initiiert werden sollte. Die stärkere regionale Mitwirkung an Folgeabschätzungen wird auch durch den Ausschuss der Regionen befördert, da hier eine wesentliche Einflussnahme aus Sicht der Region auf den EU-Gesetzgebungsprozess im Interesse regionaler Interessen möglich ist.
 - Aktuelle Beispiele für eine aus sächsischer Sicht sinnvolle Beteiligung an Konsultationen und Folgeinschätzungen sind die EU-Bemühungen um die Reduzierung des Quecksilberausstoßes („Minamata-Konvention“), die Debatte um die Manipulation des Subventionsberichtes Energieträger oder zu Grenzwerten für Radon in Gebäuden vor dem Hintergrund der Situation in Sachsen.
- (3) Die vorausschauende **Beteiligung an der Subsidiaritätskontrolle** im Rahmen des Frühwarnsystems ist in enger Abstimmung unter LINKEN Fraktionen zu sichern.
- Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag hat in den vergangenen drei Jahren bereits eine Reihe von Initiativen gestartet, um in Abstimmung zwischen den Linksfraktionen auf Bundes- und Landesebene wie auch den Abgeordneten der LINKEN im Europaparlament eine wirksamere Beteiligung an der Subsidiaritätskontrolle zu erreichen – bislang leider nur mit geringem Erfolg. Das Beispiel des EU-Vorschlages zur Konzessionsrichtlinie (Versuch der

- 1252 Privatisierung der Wasserwirtschaft) hat noch einmal gezeigt, dass eine effektivere Beteiligung
1253 an der Subsidiaritätskontrolle sinnvoll, richtig und notwendig ist.
- 1254 ○ Deshalb muss dazu übergegangen werden, zwischen den Linksfractionen verlässliche
1255 Kommunikationsstrukturen einzurichten, die es erlauben, relevante Gesetzgebungsvorschläge
1256 bereits im Entwurfsstadium im Vorfeld zu erfassen (in der Regel ausgehend vom
1257 Jahresarbeitsplan der Kommission) und inhaltlich zu kommunizieren und einzuschätzen.
- 1258 ○ Um wirksame parlamentarische Schritte unter Nutzung des Frühwarnmechanismus einzuleiten,
1259 ist die zuverlässige umgehende Kontrolle des Eingangs von EU-Gesetzesvorschlägen am Beginn
1260 der 8-Wochen-Frist (ein entsprechendes Monitoring-Verfahren) unerlässlich. In Abstimmung
1261 zwischen den Linksfractionen sollten Einschätzungen und Empfehlungen zu möglichen Anträge
1262 zu Subsidiaritätsbedenken oder -rügen (eigentliche Subsidiaritätskontrolle) und weitere
1263 Initiativen abgegeben werden.
- 1264
- 1265 (4) Die Möglichkeiten der **Einflussnahme von Abgeordneten der LINKEN im Europaparlament** im Zuge
1266 der Beratungen von Gesetzentwürfen zur Vermittlung regionaler Interessen sollten stärker genutzt
1267 werden.
- 1268 ○ Nach Ablauf der 8-Wochenfrist für die (regionale) Beteiligung an der Subsidiaritätskontrolle
1269 besteht weiterhin die Möglichkeit, über eine Verständigung mit linken Abgeordneten des EP
1270 regionale Sichtweisen in die Beratungen des EP einzubringen.
- 1271 ○ Das allerdings setzt voraus, dass es einen regelmäßigen Austausch zwischen der Fraktion im
1272 Sächsischen Landtag und den Europaabgeordneten der LINKEN zu europapolitischen Themen
1273 mit Blick auf Gesetzgebung und parlamentarische Initiativen gibt, so dass eine Konzentration
1274 auf ausgewählte Schwerpunkte auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen erfolgen
1275 kann.
- 1276
- 1277 (5) Die Spielräume für den Einfluss auf die **Umsetzung und Implementation von EU-Rechtsakten auf**
1278 **nationaler und regionaler Ebene**, wenn sie mit LINKEN Politikzielen konform gehen, müssen aus
1279 regionaler Sicht ausgelotet und genutzt werden.
- 1280 ○ Bislang wurde die (parlamentarische) Kritik an Versäumnissen bei der Umsetzung von EU-Recht
1281 meist polemisch, aber kaum als wirksames Mittel der parlamentarischen Auseinandersetzung
1282 eingesetzt.
- 1283 ○ Am Beispiel der EU-Richtlinie „über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den
1284 Schutz von Opfern von Straftaten“ lässt sich zeigen, dass die Umsetzung in Deutschland im
1285 Allgemeinen und Sachsen im Besonderen mangelhaft ist. Parlamentarische Initiativen sollten
1286 sich auf die Durchsetzung konkreter Forderungen der Opferrichtlinie richten.
- 1287 ○ Auch in anderen Politikfeldern scheint eine Überprüfung der Umsetzung von EU-Recht sinnvoll
1288 (z.B. Metropolenregion, grenzüberschreitende Raumordnung...).
- 1289
- 1290 (6) Die Bedingungen und tatsächlichen **Ergebnisse der Anwendung von EU-Normen** müssen beobachtet
1291 und evaluiert werden mit dem Ziel, bei Nicht-Umsetzung entsprechende Initiativen bis hin zur Anregung
1292 von Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten.

- 1293
1294
1295
1296
- Ganz im Sinne des beschriebenen lebensweltlichen bürgernahen Regionenbegriffs kommt es letztlich nicht auf Gesetze an sich, sondern darauf an, ob die mit den Regelungen angestrebten Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Ein Monitoring dieses Ziel-Wirkung-Spannungsverhältnisses in linken Schwerpunktbereichen sollte systematisch betrieben werden.
- 1297
1298
1299
- Auch für diesen Bereich der Rechtsanwendung kann die Opferrichtlinie als ein Beispiel für Sachsen betrachtet werden, an dem das Auseinanderfallen von Ziel und Wirklichkeit deutlich gemacht werden kann.
- 1300
1301
1302
1303
1304
- Gestützt auf den konkreten empirischen Nachweis der andauernden Vernachlässigung von Opfern rechter Gewalt in Sachsen können Forderungen nach Einhaltung der entsprechenden EU-Bestimmungen in parlamentarischen Initiativen vermittelt werden und – wenn die Gesamtanalyse einen solchen Schritt begründet – ein Vertragsverletzungsverfahren angeregt werden.

1305

1306 DIE LINKE in Sachsen unterstützt die ganzheitliche Ausrichtung der Initiativen sächsischer LINKEN
1307 ParlamentarierInnen zur Beteiligung an europäische Entscheidungen, Subsidiaritätskontrolle und zur Umsetzung
1308 europäischer Initiativen zur Sicherung von Bürgerrechten und sozialer Gerechtigkeit in Sachsen.

1309

1310 **Anhang:** Antrag der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zum Thema: Sachseninitiative für eine
1311 notwendige Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer Europäischen
1312 Sozialunion (ÄA.2.1. zzgl. DS Fraktion)

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Sachseninitiative für eine notwendige Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer Europäischen Sozialunion

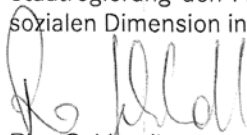
Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird ersucht,

I. sich im Bundesrat und gegenüber dem Bund in Würdigung der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion COM (2013) 690 final“, BR-Drs.721/13, für eine deutliche Initiative gegenüber der EU zur Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer Europäischen Sozialunion einzusetzen und hierzu in einem ersten Schritt konkrete untersetzende Maßnahmen zur Umsetzung der folgenden wesentlichen Feststellungen der Kommissionsmitteilung zu unterbreiten:

- deutliche Verbesserung des Monitoring der beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklung zur Gewährleistung einer besser abgestimmten, zeitnahen und angemessenen Reaktion auf diese;
- Realisierung konkreter Maßnahmen und Instrumente sowie gezielte Bündelung von Finanzmitteln zur wirksamen und nachhaltigen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen;
- Einforderung der Verantwortung und aktiven Mitwirkung der Wirtschaft und ihrer Akteure für mehr Solidarität und finanzielle Unterstützung;
- Beseitigung bestehender Hindernisse für die grenzüberschreitende Beschäftigung von Arbeitnehmer/innen anderer EU-Mitgliedstaaten;
- Stärkung der Rolle des sozialen Dialogs bei der Entwicklung von beschäftigungs- und sozialpolitischen Strategien durch eine unmittelbare Beteiligung der Sozialpartner.

II. im Rahmen ihrer Kompetenzen und der ihr dabei zukommenden Verantwortung mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten, Mitteln und Möglichkeiten ein Paket konkreter eigener sachsenspezifischer Umsetzungsmaßnahmen zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion im Sinne der o.g. Kommissionsmitteilung zu erarbeiten und dem Landtag bis zum Februar 2014 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

III. im Ausschuss der Regionen und weiteren Mitwirkungsorganen der EU, in denen die Staatsregierung den Freistaat Sachsen vertritt, auf die Umsetzung der zur Stärkung der sozialen Dimension in der EU erforderlichen Maßnahmen hinzuwirken.



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

- b.w. -

Dresden, den 24. Oktober 2013

Eingegangen am: 24. OKT. 2013

Ausgegeben am: 25. OKT. 2013

Begründung:

Mit ihrer „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion COM (2013) 690 final“ vom 2. Oktober 2013 (siehe Anlage), die derzeit im Bundesrat als Drucksache 721/13 beraten und behandelt wird, weist die Europäische Kommission mit Nachdruck darauf hin, dass in der derzeitigen Konstruktion der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) die „soziale Dimension“ und alle damit zusammenhängenden Problemlagen nicht die notwendige Berücksichtigung finden.

Unter „sozialer Dimension“ wird dabei die Fähigkeit der EU verstanden, „im Rahmen der Mechanismen zur wirtschaftspolitischen Steuerung und der politischen Instrumente problematische Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit den beschäftigungs- und sozialpolitischen Strategien in der WWU zu erkennen, zu berücksichtigen und entsprechende Lösungen zu finden.“

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE kann bei der Feststellung der Ergebnisse der Europäischen Kommission zu den Wirkungen und Herausforderungen der „sozialen Dimension der WWU“ nicht stehen geblieben werden. Die konsequente Umsetzung der in der Mitteilung der Kommission aufgestellten Forderungen stellt dabei einen ersten notwendigen Schritt dar, die von der Kommission gerade auch in der Suche nach Wegen aus der massiven Krise der EU gewonnenen Erkenntnisse durch konkrete Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf der Ebene des Bundes, des Landes aber auch der EU zu untersetzen. Diese werden daher mit dem vorliegenden Antrag eingefordert.

Die deutliche Stärkung der sozialen Dimension innerhalb der derzeit existierenden Wirtschafts- und Währungsunion ist dabei ein wichtiger, allerdings nur ein erster Schritt auf dem Weg zur erforderlichen Weiterentwicklung zu einer Europäischen Sozialunion. Langfristig kann es nicht nur darum gehen, lediglich neoliberale Auswüchse in der EU einzugrenzen und sozial „erträglicher“ zu machen. Vielmehr muss das gegenwärtige System vom Kopf auf die Füße gestellt werden, damit der letzte Zweck der Wirtschafts- und Währungsunion nicht darin besteht, dass die Unionsbürger die Banken retten, sondern Bürgern in der EU ein Leben in sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Das Erfordernis einer solchen Weiterentwicklung wird auch schon mit der vorliegenden „Mitteilung der Kommission“ mehr als deutlich, in der der „sozialen Dimension“ innerhalb der EU eine übergeordnete Bedeutung zuerkannt wird. Dies mündet in der Feststellung:

„Für ein ordnungsgemäßes Funktionieren der WWU muss ihre Governance-Struktur vervollständigt werden, so dass anhaltende Ungleichheiten, die die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität der gesamten Währungsunion, unseren Wohlstand und letztendlich unsere soziale Marktwirtschaft gefährden könnten, vermieden bzw. korrigiert werden können. [...] Anhaltende Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheiten können zudem die Unterstützung durch Politik und Öffentlichkeit schwächen und die Stabilität der Regierungen und deren Fähigkeit zur Durchführung einer soliden Politik beeinträchtigen. Werden keine kollektiven Maßnahmen ergriffen, um sich den beschäftigungs- und sozialpolitischen Herausforderungen zeitnah und wirksam zu stellen, können sich langfristige Disparitäten herausbilden.“

Angesichts der alle Ebenen der EU und ihrer Mitgliedstaaten betreffenden Feststellungen zur Notwendigkeit der Stärkung der sozialen Dimension innerhalb der Europäischen Union steht der Landtag in der Verantwortung, sich nicht nur hiermit zu befassen, sondern auch die Staatsregierung für ein entsprechendes Handeln und das Ergreifen konkreter Initiativen gegenüber dem Bund, im Bundesrat und in den Mitwirkungsgremien der EU unter regelmäßiger Einbeziehung der Sozialpartner auf regionaler und kommunaler Ebene mit dem Ziel der Weiterentwicklung der EU zu einer Europäischen Sozialunion in die Pflicht zu nehmen.